

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk., einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pfg.

Anzeigenpreise:

Die gespaltene Zeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die gespaltene Reklamezeile 80 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publications-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 19

Danzig, Sonnabend den 12. Mai 1917

8. Jahrgang

Europas Tragödie

In der letzten Zeit erschienen im In- und Ausland zahlreiche Artikel, die sich mit der drohenden Welt Hungersnot befassen. Auch die „Frankfurter Zeitung“ brachte einen eindringlichen Aufsatz, der geeignet ist, den Staatsmännern Europas das Gewissen zu schärfen. Da heißt es u. a.:

„Die Anzeichen mehren sich, daß wir einer Welt Hungersnot entgegengehen. Und dann werden wir die Rache der Natur dafür erleben, daß die Menschen in toller Ueberschätzung ihrer technischen Errungenschaften wähnten, von allen natürlichen Gebundenheiten frei, jahrelang alle Kräfte allein der Zerstörung widmen zu dürfen. . . .“

Der Krieg bedeutet nach einem treffenden Wort einen nun seit bald drei Jahren andauernden Generalkrieg der arbeitskräftigsten Männer in allen kriegsführenden Staaten. Während der Nahrungsverbrauch dieser im Felde stehenden Millionen gewaltig größer ist als im Frieden — von den durch Kriegsmassnahmen auf der See, bei Gebietsräumungen und so weiter vernichteten großen Nahrungsmengen ganz zu schweigen —, sinkt überall, wenn auch mit einer Stufenfolge zu unsern Gunsten ins Gewicht fallende Verschiedenheit des Grades, der landwirtschaftliche Ertrag hinter den Fronten, weil die Hände der Millionen und auch die Gespanne fehlen. In Frankreich vor allem ist diesmal schon ein Fünftel des Bodens unbestellt geblieben, und in Rußland steht es wahrscheinlich noch erheblich schlimmer. Russische Klätter klagten schon vor der Revolution, daß der Bauernstand dem Ruin und dem Sittenverfall entgegengehe, daß die Felder vielfach nicht bestellt, die nötigsten Arbeiten nicht geleistet, die Wirtschaften furchtbar vernachlässigt würden.

Diese Ertragsminderung wird verschärft durch den Mangel an Düngemitteln, der zur Auspöderung des Bodens führt. Der Salpeter wird in die Luft geschossen, statt in die Erde gestreut zu werden; den andern fehlt zudem auch das Kali, das wir ihnen nicht mehr liefern. Und die Folge davon ist dann weiter überall eine starke Abschächtung des Viehbestandes, was wiederum schlechtere Düngung bedeutet. Das trifft jetzt auch schon die europäischen Neutralen, die durch die Erschwerung der Futtermittelzufuhr sich ebenfalls zu verminderter Viehhaltung genötigt sehen. Es trifft zweifellos auch auf die außereuropäischen Viehbestände zu, die unter dem verhängnisvollen Einfluß ungeheurer gesteigerter Preise, dem stärksten Anreiz zu einem rückwärtslosen Anreisen des Viehkapitals, offenbar überall in starkem Umfang abgeschlachtet worden sind und weiter abgeschlachtet werden.

Wiso: verminderter Bodenertrag und stark angegriffene Viehbestände in Europa; nach anfänglich glänzenden Ernten, jetzt vorwiegend zwei aufeinanderfolgende Missernten in Nordamerika. Die sonst regelmäßig zum Ausgleich gehaltenen Vorräte dort und in ganz Außereuropa in absehbarer Zeit bis auf letzte Korn verzehrt; die nicht zur Ausfuhr gelangten Ernteüberschüsse Rußlands, die an sich eine große Weltreserve bedeuten, aller Wahrscheinlichkeit nach durch Verderben und Mehrverbrauch auch schon zu einem großen Teil erledigt; dazu riesige Preise und wachsende Schiffsraumnot — das ist das Bild.

Hielte die Welt einen Augenblick zum Nachdenken inne, so könnte ihr wohl eine Ahnung von der Tragödie Europas dämmern, die sich hier ankündigt, und die noch deutlicher wird, wenn man sich Harmsucht, daß neben der Welt Hungersnot an Nahrungsmitteln eine ähnliche Hungersnot an Rohstoffen und eine ähnliche Hungersnot an Frachtraum nach dem Kriege sichtbar werden wird. Schon jetzt sind aus Europa weit über 20 Milliarden Mark allein nach den Vereinigten Staaten geflossen. Und weitere Milliarden werden in riesigem Ausmaß folgen. . . .

Mit den Rohstoffen steht es nicht anders; die gleichfalls zu erwartende Preishöhe für manche unserer Rohstoffe, zum Beispiel für Kohle, wird das nur zum Teil ausgleichen können. Und schon bauen die Vereinigten Staaten und Japan mit allen Kräften an ihren Handelsflotten, um auch darin die Schwächung Europas zu ihrem Nutzen zu wenden. Die Frage bleibt schließlich, wo künftig bei einem solchen Umsturz aller Produktionsgrundlagen die Verarbeitung stattfinden wird, wenigstens die erste Verarbeitung zu Halbfabrikaten und dergleichen, die keine besondere Qualität und Tradition erfordert. Wird der Schwerpunkt der Welt sich dann auch aus Europa fort verlagern? Und werden vielleicht wieder die Menschen wandern, weil die Dinge nicht mehr so wie vor dem Kriege zu ihnen kommen?

Das sind Fragen, die sich aufdrängen, gäbe es überhaupt noch ein Europa. Aber statt dessen gibt es den Krieg, der andauert.

Zwei rivalisierende Großmachtsverbände, geschaffen, um gegenseitig wirtschaftlich und geistig zu ergänzen und zu

fördern, brauchen ihre Arme, um sich abzuwürgen. Sie stecken sich gegenseitig Haus und Hof über dem Kopf an, damit einer von ihnen vielleicht an leergebrannter Stätte — hungern kann.

So will es die Entente, so will es England. Sie hoffen immer noch, daß das Hungern auf deutscher Seite bleiben wird. In dieser Erwartung haben sie das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember höhnisch zurückgewiesen. Diese Erwartung schwimmt auch noch auf den Blutströmen, die im Westen vergriffen werden. —

Reichsrecht für Preußens Landarbeiter

Die „Frankfurter Zeitung“ erhielt aus einem ostelbischen Kreise folgende Zuschrift, die weiteste Beachtung verdient, da auch sie fordert, was von sozialdemokratischer Seite schon unzählige Male verlangt worden ist:

Ein Stellvertretendes Generalkommando — das des 2. Armeekorps in Allenstein, dessen Geltungsbereich sich auch über erhebliche Teile Westpreußens erstreckt — verfügte, daß bei der Frühjahrsbestellung „Kriegerfrauen“, welche Kriegsunterstützung beziehen, auf Verlangen täglich mindestens einen halben Tag zu arbeiten haben, wenn sie körperlich und nach ihren gesamten Verhältnissen dazu imstande sind. Weigern sie sich, so haben die Landräte zu prüfen, ob sie dann noch weiter der Familienunterstützung zum Durchkommen bedürfen. Falls ein ernster Hinweis auf ihre Pflichten erfolglos bleiben sollte, so würde zur teilweisen oder gänzlichen Einziehung der Familienunterstützung zu schreiten sein“.

Es erscheint recht zweifelhaft, ob bei Erlaß dieser Verordnung die tatsächlichen Verhältnisse des flachen Landes bekannt waren. Wer diese Dinge kennt, der weiß, daß sich jetzt die Sache so abspielen wird: der Gutsherr fordert die Kriegerfrauen zur Arbeit, er wird ihnen in manchen Fällen gleich mit dem „Herrn Landrat“ winken und allerlei Auseinandersetzungen und Unstimmigkeiten werden folgen! Natürlich: denn darüber, ob überhaupt und welche Entlohnung zu zahlen ist, enthält die Verfügung kein Wort. Ebenjowenig darüber, wie und durch wen geprüft werden soll, ob die Frau körperlich und nach ihren gesamten Verhältnissen zur Arbeit überhaupt oder gar zur täglichen Arbeit imstande ist. Zunächst steht die Frau allein dem Gutsherrn gegenüber. Es gibt gewisse Verhältnisse oder Zustände, die eine Frau nicht gern mit einem Manne zu besprechen pflegt, die aber an sich ungemein beachtlich sein können. Es liegt weiter auf der Hand, daß über gewisse Dinge der eine Gutsherr so, der andere so denken kann. Es stellt mithin der neugeschaffene Rechtszustand des Arbeitszwangs der Kriegerfrau zunächst Lohn- und andere beachtliche persönliche Verhältnisse dem freien Ermessen des Arbeitgebers anheim. Die Arbeiterfrau hat entweder zu gehorchen oder der Entscheidung durch den Landrat entgegenzusetzen.

Wie wird und kann der Landrat nun verfahren? Die Landräte sind in einer Weise überlastet, daß sie selbst beim besten Willen persönlich in den zahlreichen Fällen, die an sie herantreten, der Sache die genügende Beachtung zu schenken, schlechterdings nicht in der Lage sind. Mancher Landrat wird einfach einen Bericht einfordern. Von wem? Vom zuständigen Herrn Gutsvorsteher, dem örtlichen Polizeibeamten. Dieser Herr Gutsvorsteher ist aber in fast allen Fällen persönlich identisch mit dem Arbeitgeber. Diesem Aufgebot von Gutsvorsteher, Arbeitgeber und Landrat sieht die Kriegerfrau, ganz auf sich selbst gestellt, allein gegenüber. Das kann unter keinen Umständen gut werden, schon aus dem Grunde nicht, weil über die Entlohnung der Arbeit der Kriegerfrau nicht ein Wort gesagt ist, und weil inselgedessen die Entlohnung ganz verschieden werden wird, auf jedem Rittergut lediglich nach dem Belieben des Besitzers.

Hier liegt ein Schulbeispiel dafür vor, daß gerade im Kriege der Mangel an Organisation der Arbeit auf dem flachen Lande in Ostelbien aufs schwerste entbehrt wird. Hätten wir das freie Koalitionsrecht, wäre die Landarbeiterchaft organisiert, dann hätte sich der Vorgang in aller Ruhe so vollzogen, daß die Leitungen der Organisationen gemeinsam mit der Leitung der organisierten Arbeitgeber, also der Landwirtschaftskammer, oder mit dem Generalkommando selbst sich zusammengesetzt und gemeinsam Lohn und alle Arbeitsbedingungen festgelegt hätten, ebenso auch den Weg einer etwa erforderlichen Beschwerde und die Stelle, an die die Beschwerde anzubringen und zu erledigen war. Wir hätten auf diesem wichtigen Arbeitsgebiet Ordnung, Ruhe und Frieden.

Schon die Fassung, daß die Landräte zu prüfen haben, ob die Kriegerfrau, auch wenn sie glaubt, nicht regelmäßig zur Arbeit gehen zu können, weiter „einer Familienunterstützung bedarf“, ist leider geeignet, auf dem Lande Erregung hervorzurufen, vielleicht sogar eine gewisse Erregung in den Schützengraben. Denn die Landsturm- und Landwehr-

leute werden sich erheblich daran stoßen, daß, während sie den „Kopf hinhalten“, nun der „allergnädigste Herr Landrat“ zu prüfen das Recht hat, ob und wie weit Frauen und Kinder in der Heimat in diesen schweren Zeiten mit dem vom Reiche bewilligten Zuschuß durchkommen können oder nicht. Keiner unter den Landsturmläuten, der nicht genau wüßte, daß sie durchkommen, schlecht und recht, weil sie durchkommen müssen! Uebrigens sicherlich auch keiner, der nicht vollkommen einig mit seiner Frau wäre, daß sie arbeiten soll, soweit ihr Gesundheitszustand sowie Wartung und Pflege der Kinder das erlauben, schon um Geld hinzuzuerdienen.

Aber ein Zwang, wie hier in dieser Form und unter diesen Rechtsgarantien, wird die Stimmung in der Heimat wie an der Front nicht günstig beeinflussen. Herr von Schorlemer wird ja wohl auch bei diesem Erlaß nicht befragt worden sein. Ob er sich freilich für den ostelbischen Arbeiter und seine Frau besonders bemüht hätte, erscheint immerhin fraglich. Hier kann nur eins helfen: die Abschaffung des Ausnahmerechts der Landarbeiterchaft, die es ihnen ermöglicht, ihre Interessen selbst zu wahren. Dazu ist der Reichstag zuständig. Seine Aufmerksamkeit sei deshalb auf diese Vorgänge gelenkt, damit er nicht verabsäumt, auch die total veralteten Gesindeordnungen in die Neuorientierung einzubeziehen.

Kriegsnachrichten

Die vierte Arraschlacht

Der vierten Arraschlacht, die am 3. Mai 5.30 Uhr vor-mittags, in breiter Front von Acheville bis Quéant mit großer Festigkeit aufkam, ging starkes Feuer am Nachmittag und Abend des Vortages voran, das sich von Mitternacht an zum stärksten Trommelfeuer steigerte. Teilangriffe der Engländer am Vormittag und feindliche Patrouillen, die in der Nacht vorzuziehen versuchten, wurden in unserer Feuer erstickt bzw. zurückgetrieben. Unsere Artillerie erwiderte das englische Feuer mit Erfolg und zerstörte westlich Arras feindliche Munitionstapel.

Die ganz außerordentlich schweren Verluste der Franzosen im Raume von Reims wurden durch sich ergänzende Meldungen erhärtet. So wurden allein östlich von Berry-au-Bac am 30. April vor einem einzigen schmalen feindlichen Divisionsabschnitt 1000 tote Franzosen und 600 gefallene Russen gezählt, die der Gegner bei seinen nutzlosen Teilangriffen auf den Höhen östlich von Berry-au-Bac liegen ließ. Diese Zahlen sind noch unvollständig, da nicht alle Gefallenen in der ganzen Tiefe des dortigen Gefechtsstreifens gezählt werden konnten, sondern nur die unmittelbar vor den deutschen Linien liegenden. Bei niedriger Schätzung verlor der Gegner auf diesem Gefechtsstreifen mindestens 2000 Tote, was einem Gesamtverlust von 8000 Toten und Verwundeten entspricht. An anderen Abschnitten erlitt der Gegner ähnliche, zum Teil noch höhere Verluste. Da die Franzosen allein bis zum 28. April mindestens 47 Divisionen, die festgestelt wurden, einsetzten und auf der breiten Front von 60 Kilometer ganz ungewöhnlich starke Verluste bei den gescheiterten Massenangriffen erlitten, so dürften die französischen Gesamtverluste in den ersten 14 Tagen der großen französischen Offensive bereits die Ziffer von 150 000 erreichen, wenn nicht überschreiten.

Ähnlich hoch stellen sich die englischen Verluste. Die Engländer, die auf viel schmalerer Front von 28 bis 30 Kilometer Ausdehnung anstürmten, setzten bis 28. April allein 34 Divisionen ein, davon sechs zum zweiten Male. Die Zahl der eingesetzten englischen Sturmtruppen entspricht infolge der erheblichen größeren Stärke der englischen Divisionen der der französischen. Bei der dichteren Massierung der englischen Angriffstruppen waren die englischen Verluste entsprechend höher. Unter Berücksichtigung der hohen französischen und englischen Verluste in den Kampfzügen vom 28. April bis 3. Mai müssen die Gesamtverluste der Engländer und Franzosen seit Beginn der Doppeloffensive auf mindestens 300 000 veranschlagt werden.

Ueber eine Million Tonnen Tauchboot-Beute im April

W. L. B. Berlin, 6. Mai. (Amstsch.) Die bisher über die Ergebnisse unserer Sperrgebiets-Kriegsführung im Monat April eingelaufenen Meldungen haben mit dem 6. Mai die Summe von einer Million Brutto-Registertonnen an Schiffsergebnissen überschritten. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zur Erreichung der neuen Höchstleistung unsere U-Boote heißt es heute im „Berl. Tagebl.“: Unerhütterlich war und bleibt die Erwartung, daß unsere unergiebliche U-Bootwaffe imstande ist, die Kriegsführung unserer Feinde auf das schwerste zu gefährden. Am Schluß des dritten Monats des uneinge-schränkten U-Bootkrieges und des ersten Monats, dessen Er-

Marine und Staatsbetriebe im Reichstag

Im Gegensatz zu den einigermassen bewegten Debatten, die der Militäretat im Reichstage entseht hatte, gestaltete sich die zweite Lesung des Marine-Etats am Mittwoch nicht nur ruhig, sondern grobenteils sogar langweilig. Nur der Anfang war geeignet, grbberes Interesse zu erwecken. Man hrte von dem Berichterstatter, dem bayerischen Zentrumsmann Dr. Pfleger, die bezeichnende Tatsache, dab in Tokio whrend des Krieges nur zweimal Extrablätter erschienen seien: das eine meldete den Fall von Kiautschou, das andere die Schlacht am Stageraal. In der Debatte war nachher von dieser groben Seeschlacht noch bter die Rede und sie wurde mehrfach als ein gewaltiger Sieg der deutschen Flotte gefeiert. Gleich nach Dr. Pfleger ergriff Admiral von Capelle das Wort zu Ausfhrungen ber den U-Boot-Krieg, durch den in den ersten drei Monaten bereits 2,8 Millionen Tonnen Schiffsraum versenkt worden sind. Diese Zahl und die Schlag auf Schlag einander folgenden Meldungen aus den letzten Tagen beweisen allerdings, dab der U-Boot-Krieg ein furchtbares Kriegsmittel ist, dessen Folgen immerhin den Kriegswillen der englischen Regierung mit der Zeit zu brechen geeignet erscheinen. Die Redner derjenigen Parteien, die den uneingeschrnkten U-Boot-Krieg schon immer gefordert hatten, hielten auch mit ihrer Genugtuung ber dessen Erfolge nicht zurck. Der sozialdemokratische Redner Genosse Siebel verhehlte indessen die Bedenken seiner Partei gegen die Anwendung dieser Methode nicht.

Am bbrigen galten die Auseinandersetzungen in der hauptache Arbeiter- und Angestelltenfragen, worber Genosse Brandes, der Unabhngige Vogtherr, der Fortschrittler Weinhausen und mehrfach Admiral von Capelle und Geheimrat Harms sprachen.

Beim Etat des Reichskolonialamts wies Genosse Roste auf die Treue der farbigen Soldaten in Deutsch-Ostafrika zum Reiche hin; sie sei auch eine Folge der vernunftigeren Behandlung der Eingeborenen, auf die die Sozialdemokratie immer hingewirkt hat. Wenn die Sozialdemokratische Partei einen Frieden ohne Annexionen fordere und das Reich unverehrt erhalten wolle, so beziehe sich das natrlich auch auf die Kolonien, womit indessen nicht gesagt werden soll, dab kein Grenzstreit verrckt werden drfe. Fr solche Vernderungen mchten aber Kompensationen erlangt werden. Ueber die Hineintragung des Krieges durch die Westmchte nach Afrika und ber die barbarische Behandlung der gefangenen deutschen Zivilbewohner und ihrer Familien sprach Roste entrstet.

Sitzung vom 9. Mai 1917.

Am Bundesratsitz: von Capelle, Dr. Soff, Graf Roedern. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Marine-Etats.

Berichterstatter Pfleger sprach namens des Ausschusses rdtliche Anerkennung und grbsten Dank fr die heldenhaften Leistungen der Marine aus. Die Stageraal-Schlacht nahm der englischen Flotte den Nimbus der Unbesiegbarkeit. Die U-Boot-Beute im April wird nicht weniger als 1,1 Millionen Rauminonen betragen. (Beifall.) Mit der zuversichtlichen Hoffnung auf einen baldigen siegreichen Frieden begleitete der Reichstag auch zuknftig die Betätigung unserer Seestreitkrfte. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär von Capelle: Diese Anerkennung ist uns ein neuer Ansporn, die Erwartungen Deutschlands bzgl. der U-Boote zu erfllen. (Beifall.) Die U-Boote gingen begeistert an die groe Aufgabe heran, neben der siegreichen Armee entscheidend einzugreifen

und den Schlusakt des Weltkrieges herbeizufhren. Ich versichere, die U-Boote halten durch bis ans Ende. (Lebhafter Beifall.) Alles dazu Erforderliche ist vorhanden (Lebhafter Beifall), die ntigen U-Boote, geschultes Personal, Brennstoffe und alles sonst geborige. (Beifall.) Tausende und abertausende Hnde regen sich, um immer neue U-Boote und neues Material an Torpedos und Minen zu schaffen. (Beifall.) Nicht nur die Zahl der U-Boote nimmt dauernd zu, auch qualitativ werden die U-Boote immer besser. (Erneuter Beifall.) Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften drngen sich zum U-Boot-Dienst. (Abermaliger Beifall.) Natrlich treten auch Verluste ein. Die Abwehrmittel der Gegner nehmen quantitativ und qualitativ zu, aber ein Radikalmittel gegen U-Boote gibt es nicht. In England wurde immer gesagt, wir mchten die Stckpunkte austrdhern, was sei das einzige Mittel, um der U-Boote Herr zu werden. Mgen sie nur kommen, nur den Versuch wagen, sie werden auf Granit bethen. (Stmlicher Beifall.) Auch unsere U-Boote packten sich nach Erffnung des ungehemmten U-Boot-Krieges der Eigenart der Kriegfhrung an, sammeln immer grbere Erfahrungen und erhalten immer bessere Bewaffnung und Ausrstung. Im englischen Parlament wird viel geredet. Entscheidend ist die Tatsache der dauernd zunehmenden Monaterfolge, wie wir selbst sie kaum erwarteten. Die Angaben der feindlichen Presse ber die Zahl der verlorenen U-Boote sind falsch. (Hrt! Hrt!) Unsere Verluste sind ber Erwartung gering. Dabei bessern sich die Verhrhnlisse im Sommer, die Rache werden fzier und die stmrliche Jahreszeit hrt auf. Alle neuen Befehlungen, die mit U-Booten ausfahren, sind vom Bewusstsein gehoben, dab es ums Ganze geht. (Lebhafter Beifall.) Drei Monate Krienserrfhrung sind mehr wert als drei Jahre Friedenserrfhrung. Die U-Boot-Mannschaft ist allen Anforderungen gewachsen. Wir erwarteten eine durchschnittliche Monats-U-Boot-Beute von etwa 600 000 Tonnen, also fr drei Monate 1,8 Millionen. Tatschlich betrgt das Ergebnis dreier Monate zusammen 2,8 Millionen (Lebhafter Beifall), also 50 Prozent mehr, als wir erwarteten und unseren Entschlieungen zugrunde gelegt hatten. (Sehr laut!) Insgesamt wurden in den drei Monaten 1325 Schiffe versenkt. (Bewegung.) Wie laue das so weitergeht, ist Sache der Seener. (Zustimmung.) Die U-Boote borgen dabfr, dab wir aushalten. Wir haben wohl alle den Eindruck, dab die erhlichen Stimmen heute ganz anders klingen als vor drei Monaten. (Sehr wahr!) Sie sind viel beschwerlicher geworden. (Erneute Zustimmung.) Heute sieht ja auch England ein, dab unser U-Boot-Krieg nicht, wie immer behauptet wird, ein Schlag ins Wasser ist, sondern ein wichtiger Schlag ins Lebenszentrum des erbitterten Feindes. (Stmlicher Beifall.) Wir haben den festen Siegeswillen. (Lebhafter Zustimmung.) Wir haben das festeste Vertrauen, dab wir die uns gestellte Aufgabe auch leisten. Vom Flottenchef bis hinunter zum jngsten Matrosen und Heizer herrscht nur eine Ueberzeugung: Wir halten durch, lassen nicht locker, bis es geschafft ist. (Langanhaltender, stmrlicher Beifall und Hndeklatschen.)

Abg. Brandes (Soz.): Ich will sprechen ber die Verhnlisse derer, die die Flotte bauen, ber die Lebensfragen der Arbeiter auf den Reichswerken. Die teilweise Arbeitseinstellung auf den Werken konnte der Marinerverwaltung nicht uberraschend kommen. Ich habe ihr bereits frher Kenntnis gegeben von der Stimmung, die in breiten Schichten dieser Arbeiter vorhanden war, und auf die Folgen hingewiesen, die eintreten knnten, wenn nicht Abhilfe geschaffen werde. Die von der Arbeiterschaft mit Recht verlangten Verbesserungen sind aber entweder gar nicht oder doch nicht so ausreichend vorgenommen worden, wie es dringend notwendig gewesen wre. So hat sich eine immer grber werdende Verstimmung in der Arbeiterschaft gebildet, die durch die Ernhrungsschwierigkeiten und die seelische Depression, die der Krieg sberhaupt mit sich bringt, noch verstrkt wurde, zumal es sich hier um eine Arbeiterschaft handelt, von der schon seit Beginn des Krieges die allerhchsten Leistungen verlangt worden sind. Es handelt sich vor allem um die Lohnfrage. Die Entlohnung von vielen Tausenden von Arbeitern und Angestellten ist noch heute durchaus unzureichend. Geh. Admiralitttsrat Harms behauptete in der Kommission, die Steigerung des Verdienstes der Arbeiter betrage 75 Prozent. In Wirklichkeit machen aber alle Zulagen zusammen nur etwa 19 Pf. pro Stunde aus. Die ganze Arbeiterschaft nimmt an, dab die Schuld an den unzureichenden Lohnverhnlissen in den noch

unglcklicher liegenden Lohnverhnlissen auf den Privatwerken liege, auf die das Reichsmarineministerium nicht sieht. Die Militrverwaltung ist in der Lohnfrage weit grbzigiger gewesen. Die Arbeiterausschsse haben eine Neuregelung der Lohnfrage vorgeschlagen, und zwar im Anschlu an die Regelung, wie sie in den der Feldzeugmesterer angeschlossenen Betrieben besteht. Eine Neuordnung ist notwendig auch schon im Hinblick auf das Abformwesen, das eine Quelle dauernder Verbitterung bei den Arbeitern ist. Auch die Vnderung des Bo.otarifes darf nicht bis zum Frieden hinausgeschoben werden. Groe Mißstimmung erregt ferner die Erledigung der Abstmmlichkeitsertklrungen durch die Werksmeister und andere untere Vorgesetzte, die sich durch Gunst und Mißgunst leiten lassen. Nach Danzig sind militrisch leistungsfhige Leute juridisgeholt worden, die im Betriebe weniger gut zu brauchen sind. Whrend man militrisch weniger leistungsfhige Maschinenbauer, die beim U-Bootbau sehr gut zu verwenden waren, eingezogen hat. Die Leute empfinden solche Einziehung als Mißregelung. Fr die Abstmmlichkeitsertklrung mchte eine unparteiische Instanz geschaffen werden unter Ausschaltung der unteren Vorgesetzten und unter Mitwirkung des Arbeiterausschusses mitgliedes. Jetzt werden Arbeiter, die sich an den Schlichtungsausschuss wenden, sofort eingezogen. Ein Werksarbeiter, der im Frieden Gewerkschaftsbeamter war, wurde eingezogen, und der Divisionskommandeur sagte ihm: Sie sind einer von der Gesellschaft, die auf der Werk Kraft machen. (Hrt, hrt! bei den Soz.) Auch zahlreiche Mitglieder der Arbeiterausschsse sind eingezogen worden. Ueberhaupt werden die Arbeiterausschsse von den Vorgesetzten bis zu recht hohen Stellen hinaus vielfach als Feind betrachtet. Das kann die Arbeitsfreudigkeit der Mitglieder nicht erhhen.

Ueber sehr harte Bestrafungen haben auch die Arbeiter in Ostende zu klagen, die dort behandelt werden, als ob sie dem Militrgefes unterstehen. Besser gefordert werden mu auch fr die Ernhrung; es mssen auch diejenigen Arbeiter-Zusatzbroikarten bekommen, die nicht Ueberstunden machen. Fr die Offiziere, Deckoffiziere und Unteroffiziere ist in der Ernhrung sehr gut gesorgt; umso mehr mu es auch bei den Arbeitern der Fall sein. Auch bei den Bauabteilungen haben die Arbeiter ber die Lohnverhnlisse zu klagen. Hier gibt es bbrigens merkwrdigerweise soviet Vorgesetzte, dab sie vor Langeweile nicht wissen, was sie tun sollen, whrend an anderen Stellen die Krfte fehlen. Mit einem Zehntel der Vorgesetzten knnte man hier auskommen. Ist es ferner ntig, dab lebens- und gesundheitsgefhrdende Arbeiten ohne entsprechende Sicherheitsvorrichtungen gemacht werden. Selbst da, wo besondere Vorsorgungen ber die Anbringung solcher Sicherheitsvorrichtungen erlassen sind, wie z. B. vom Hamburger Senat, werden sie nicht beachtet. Die Arbeitseinstellungen sind keineswegs von auen auch nicht etwa vom Auslande in die Werke hineingetragen worden, sondern durch die Mißstimmung entstanden, weil die Arbeiter noch immer nicht als selbstberdchtigt in den Betrieben behandelt werden. Hoffentlich tragen meine Ausfhrungen dazu bei, dab den Arbeitern endlich die Stellung eingeräumt wird, die sie gerade auch im Hinblick auf ihre Leistungen im Preise verdienen. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär v. Capelle: Die Arbeiter kehrten bald zur Arbeit zurck, da sie sich bergeugt haben, dab der Streik die Ernhrung nicht bessert und Durchhalten patriotische Pflicht ist. Die Einziehung der Arbeiter zum Truppendienst war nicht eine Mißregelung, sondern die Folge der Durchfhrung des Hindenburgprogramms.

Geheimer Admiralitttsrat Harms: Wir legen die Lhne der Privatindustrie zugrunde. Eine Neuregelung der Lohnrate ist im Gange.

Abg. Weinhausen (F. Sp.): Wir schlieen uns dem Dank von Herzen an, den der Berichterstatter den staunenswerten Leistungen unserer Marine gezollt hat fr den Kistenfschub, auf dem Meer, in der Luft und unterm Wasser. (Bravo!) Unser Dank gebhrt aber auch den Angehorigen der Marine dahem auf den Werken und den Bureaus. Wir wollen unseren Dank aber auch durch Taten abtaten, indem wir Mißstnde beim Kistenfschub und auf den Werken befeitigen. Dazu gehrt das Beschwerderecht. Die Betroffenen wenden sich lieber an den Reichsstaatsabgeordneten. Wenn ein Soldat zur Beerbidung seiner Mutter Urlaub erbittet und ihm dann gesagt wird, er wolle nur eine Bierreise unternehmen, so bedeutet das eine Verweigerung, die durch gute Lehren von den Vorgesetzten nicht wieder gut gemacht werden kann. Die Beamten und Unterbeamten haben unter den gegenwrtigen Verhnlissen mehr zu leiden als die Arbeiter.

Die Stimme des Friedens

Eine heilige, helle, hohe Stimme, vom Ostwind gewiegt, steigt aus dem Duale, der ber bludampsenden Feltern liegt, ringt sich und schwingt sich ber tobendes Blutgeschrei, plst uns lachendjubelnd von Frieden und schbnem Mai.

Eine andre Stimme ist im Westen erwacht, milder und brnfliger brllt und schttert die letzte Schlacht, dab sie die Lergestirne im Osten uberdhnt, doch die hngt im hchsten Himmel und klingt und lnt.

Mund des Friedens, der allzulange schwieg, seine letzte blutigste Strophe heult der Krieg. Soll deine Weisheit nicht wieder im Lrm der Kanonen vernicht, mssen alle Stimmen mit ihr im Chöre gehn.

Von deiner Weisheit sind alle Seelen erfllt, ob auch der Krieg mit tausend ehernen Zungen brllt. Schwing dich auf, du einer, bergewaltiger Schrei: Friede herbei!

Rolf Brger.

Sommer-Spielzeit

Unter dieser Ueberschrift tritt Leopold Jesner, der knstlerisch vorbildlich wirkende Leiter des Neuen Schauspielhauses in Knigsberg, in einem vom Berliner Tagesblatt am 28. April wiedergegebenen Aufsatz fr die ununterbrochene Ttigkeit unserer Buhnen als „einer stdtischen Pflicht in der Kriegszeit“ ein. Seine Ausfhrungen haben fr Danzig besonderen Wert, der dadurch untersttzt wird, dab sie von einem angesehenen praktischen Buhnenleiter gemacht werden. Wir lassen sie folgen:

Einem, den Mitgliedern des Breslauer Stadttheaters schwellenden Artikel der „Breslauer Zeitung“ war kurzlich folgender Satz zu lesen: „Soziale Hilfe ist heute auf aller Leute Lippen. — Nun gut! Helft durch das Spielen im Sommer der bedrftigen Knstlerschaft, dem notleidenden Chor und dem auf Stundengebren gestellten Orchester! Kleinere Theater, wie Halle, tun es auch.“ Es ist zu wnschen, dab diese, gewis in bester Absicht erhobene Forderung den Ausgangspunkt einer Erdrterung bilde, in der die prinzipielle Seite der Angelegenheit in das rechte Licht gerckt wird.

Eigentlich sollte es selbstverstndlich sein, dab auch im Sommer Theater gespielt wird. Ist doch das Theater schlieglich nicht mit einem Kleidungsstck zu vergleichen, dessen man sich wie etwa eines Pelzes bei Eintritt der wrmern Jahreszeit kurzerhand entledigt. Die Bedrftnisse, denen es in seinen verschiedenen und besten Formen dient, stehen mit den Launen des

Thermometers doch wohl nur in einem sehr losen Zusammenhang. Die Tatsache, dab kein Geringerer als Richard Wagner die Verwirklichung seines Festspielgedankens mit so ungeheurem Erfolge gerade in die Sommerzeit verlegte, sowie das auerordentlich rege Kunstleben, das whrend der letzten Jahre just in den „Monaten ohne r“ auf den deutschen Buhnen pulsierte, beweisen das zur Genüge.

Allein das Theater darf nicht als Selbstzweck betrachtet werden, als eine Institution, die nur fr sich selbst, vom Standpunkte ihrer eigenen Erhaltung aus, die Frage nach der Berechtigung der eingangs erwahnten Forderung zu erdrtern hat. Das Theater ist vielmehr heute, und heute mehr denn je, ein Faktor im ffentlichen Leben geworden, den man nicht einfach beiseite schieben kann, sobald das Thermometer zu steigen beginnt. Schon darum mu endlich mit einem Brauche aufgeräumt werden, von dem der Bruch mehr ehrt, wie die Befolgung.

Ist jedoch die Frage verneint, ob das Theater nicht blo als Selbstzweck anzusehen sei — (ist diese Frage überhaupt noch ernstlich zu stellen?) —, so wird man auch die warmherzigen, wohlwollenden, aber dann nicht mehr den Kern der Sache treffenden Worte der „Breslauer Zeitung“ ablehnen mssen. Dann handelt es sich nicht mehr um die soziale Hilfe, die „der im Sommer brotlos werdenden Knstlerschaft, dem notleidenden Chore und dem auf Stundengebren gestellten Orchester“ zuteil werden mu, sondern um die Wahrung eines ffentlichen Interesses.

Theater, die in stdtischer Regie stehen, und solche, die von der Stadtverwaltung durch Subventionen untersttzt werden, sollten die Unhaltbarkeit derartiger Zustnde ohnehin lngst erkannt und den maßgebenden Stellen die Erkenntnis vermittelt haben, dab es mit den sozialen Errungenschaften der Zeit nicht mehr in Einklang zu bringen ist, Mitglieder kurzerhand vor das Gespenst der Brotlosigkeit zu stellen. Sie sollten vor allem erkannt haben, dab es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die nicht mehr mit einer philanthropischen Geste zu erledigen ist, indem man das Publikum auffordert, auch im Sommer das Theater zu besuchen — deren Regelung vielmehr im System einer von sozialem Geiste erfllten Stadtverwaltung begrndet sein mu. Solange die Lsung gegenseitiger engerer Verbindung von Rathaus und Theater aber noch nicht verwirklicht ist, werden die Theater von jedem Einsichtigen, nicht mit Pathetik behafteten, als merkantile Unternehmungen betrachtet werden mssen. Und niemand wird es, aus dem gleichen Grunde, einer Theaterleitung verubeln knnen, wenn sie nach Abschlu einer Winterpielzeit, deren Resultat ihr er-

mglichst, in ihrer Bilanz eine halbwegs hinreichende Sicherung fr die kommende Saison aufzuweisen, es nicht verantworten will, durch das Risiko einer Sommerpielzeit diese Sicherung aufs Spiel zu setzen.

Soll das Theater aber auch im Rahmen des gegenwrtigen Systems nicht nur als das Privatunternehmen eines Einzelnen oder einer theaterliebenden Finanzgesellschaft betrachtet werden, so mu die Deckungsfrage, so mssen die sie verbringenden Stadtverwaltungen ebenfalls das ihrige dazu beitragen, dem Theaterleiter dieses Risiko abzunehmen, oder wenigstens zu erleichtern.

Mehr denn je aber haben die Stadtverwaltungen diese Pflicht in der gegenwrtigen Zeit, in der es sich erwiesen hat, dab das Theater nicht ein beliebiger Faktor im ffentlichen Leben ist, wie es deren viele gibt, sondern ein solcher von besonderer Bedeutung; berufen, zur Hebung der Stimmung in der Bevldrung beizutragen und das gehobene vaterlndische Empfinden in den weitesten Kreisen wachzuhalten. Aus dieser Einsicht heraus hat das halle'sche Stadttheater von dem stdtischen Etatanschu in diesem Jahre zum ersten Male seit seinem Bestehen die Mglichkeit erhalten, im Sommer zu spielen. Und es darf in diesem Zusammenhang wohl auf den offenbar der gleichen Einsicht entsprungenen Beschlu des „Deutschen Buhnenvereins“ hingewiesen werden, allmonatlich Vorstellungen fr die arbeitende Bevldrung bei ganz geringen Preisen zu veranstalten — einen Beschlu, durch den der „Deutsche Buhnenverein“ sicherlich im Sinne der Militrbehörden gehandelt hat.

Die Zeiten wandeln den Sinn der Worte, sie erbellen und vertiefen ihn. So vermgen wir jetzt erst die webre Bedeutung zu erfassen, die dem alten Worte „Brot und Spiele“ innewohnt. In seinem Sinne wrden die Stadtverwaltungen anzuhalten, schon jetzt fr die nchsten Monate der ihrer Obforge offiziell oder inoffiziell anvertrauten Buhnen Vorlage zu treffen, und unverzglich die Grundlagen dabfr zu schaffen, dab die Theater in diesem Sommer durchspielen — nicht nur in Hinblick auf die soziale Frsorge ihrer Mitglieder. Wo aus etatetchnischen oder anderen Grnden eine Sommerpielzeit des stdtischen Theaters sich nicht ermglichen lst, mu ein anderer Weg beschritten werden. Es mssen Sommertheater von den Stden subventioniert werden. Es geht dabei nicht um phantastische Summen, die das Gewisse eines Stadtkammerers zu beschweren brauchen! Schon mit relativ geringen Mitteln ist der Bevldrung auch im Sommer der Genue gut und erster Kunst zu sichern. Ein neuer Staat — aber neue Zeiten schaffen neue Formen!

Danziger Nachrichten

Malgedanken

Der Krieg hat die Welt völlig verändert. Wie weit liegen nun die Jahre des Friedens zurück! Ein Frühling ist es, wie in jedem Jahre — und doch wie anders! Wald und Feld prangen, wie ehedem, in zarter Frische. Grüne Halme erheben ihr Haupt. Knospen glänzen. Junges Blattgrün hat sich entfaltet. Blüten schimmern hier und da. Gelbe und weiße Frühlingsblumen schmücken Feldrain und Waldrand. Stürme brausen. Wolken jagen. Und nebstbauende Vögel flühen jubelnde Lieder.

Nur die Menschen sind anders geworden; erstarrt, stiller. Allzuviel Leid ward über die Erde ausgegossen. Allzuviel Tränen rannen. Allzuviel Blut ist in den Sand der Fremde gesenkt. Kommt das noch die Jugend ein frisches Lied wagt! Verloren, verjagt und vergrümt lagerten die Ältern dahin. Die Städte schauen finster drein. Ihre Gassen sind leer, ihre Werkstätten kahl geworden. Die Kraft ist aus ihnen gewichen. Draußen tobt noch immer der Krieg und die Schlachten nehmen kein Ende.

Wie lange ist's her, daß wir am Valentag, als dem Weltfeiertag der Arbeit, hinausjagen in Wald und Flur! Ein Jungbrunnen war er uns geworden der Begeisterung, die uns durchpflusste. Die uns wirken ließ auf unsere Art am Bau der Zeit, am Werk der Zukunft. Nun sind die Bauleute vom Bau gegangen. Wann werden sie wiederkehren und ihr Werk aufnehmen? Sehnsucht unstillt mit schmerzlichen Schwingen das unfertige Gebäude. Hoffnung lauert am Fuße der Mauern und starrt mit fragenden Blicken hinaus in die Ferne. Werden wir Euch mit Blumen und Blüten schmücken, wenn Ihr zurückkehrt? Oder wird der Schnee Eure Schritte dämpfen und der Sturm Eure Stimmen überdröhnen? —

Valentag, wie anders grüßen wir dich heute denn sonst! Und dennoch steht die Welt in Blüten. Sprüht die Sonne um den grünen Glanz sich spreitender Blätter. Und dennoch will das Vogellied nimmer schweigen von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Nach Winterwüsten kam wieder einmal Frühlingsherrlichkeit. Und so wird auch auf den Krieg der Frieden kommen. Euch heimführend, die wir so lang und so sehnsüchtig entbehrten. Dann wandern wir gemeinsam einem neuen Valentag entgegen — einem Valentag der Freude, der frohen Tat des Kampfes, den wir so lange entbehrten, gegen alles, das sich einer besseren Zukunft der Menschheit hemmend entgegenstellt!

Die Danziger Arbeiterjugend

Veranstaltete am Sonntag den 6. Mai im Bürgergarten einen Elternabend, der leider nicht sehr starkem Besuch auswies. Genosse Bührig begrüßte die Erschienenen und wies auf die Bedeutung der Arbeiterjugend hin. Hier sei die Stätte, wo der Durch befehlende Vorträge würde der Geist der Jugendlichen gebildet; durch künstlerische Veranstaltungen Sinn und Verständnis für die Kulturhöhe erweckt. Aufgabe der Eltern und der Jugendlichen sei es daher, der Arbeiterjugend stets neue Freunde und Mitglieder zuzuführen. Das Programm wurde von den Jugendlichen selbst ausgeführt. Viel Anklang fanden die verständnisvoll vorgeführten Volkstheaterreigen; am meisten der, von zwei Paaren in Kostümen temperamentvoll getanzte Zigeunerreigen. Genosse B o o p s erfreute wieder durch einige Wirkungsvoll vorgetragene ernste und heitere Dichtungen. Frohe Wanderlängle brachte ein jugendlicher Sängerrinnen- und Sängerkorchor zu Gehör. Auch einige Lieder zur Laute fanden vielen Beifall. Den Schluß bildete der lustige Geshwanf „Das Schinkenhofen“ von Hans Sachs. Möge auch diese Veranstaltung dazu beitragen haben, die Reihen der Danziger Arbeiterjugend zu stärken.

Die Arbeiterjünger können an ihrer Frühlingsfeier am 13. Mai mit einer wesentlichen Versicherung des Programms aufwarten. Herr Opernsänger Adolf Brehm aus Frankfurt am Main hat seine Mitwirkung zugesagt. Es winken also am Sonntag im Bürgergarten genuehrliche Stunden, die sich jeder Freund des Gesanges nicht entgehen lassen wird. Näheres im Anzeiger.

Der Wintergarten

eröffnet am Mittwoch den 16. Mai mit einem großen Weltstadtprogramm zur neuen Spielzeit seine Pforten. Unter der aus den Vorjahren gutbekannten Direktion des Herrn A. L o e w e n s o h n ist in den letzten Wochen emsig gearbeitet, um das Leubere des beliebten Sommerhauses würdig herzutreiben. Auch eine gute Hauskapelle ist bereits zusammengestellt. Es ist zu erwarten, daß die zahlreichen Freunde des Wintergartens auch in diesem Kriegssommer dort wieder Stunden angenehmer Unterhaltung finden werden.

Die Frauenarbeit während des Krieges und nachher.

Ueber dieses zeitgemäße Thema wird Genossin Gertrud Hanne-Berlin sprechen in einer am Sonntag den 20. Mai, nachmittags in Langig-Schödlitz im Bürgergarten der Witwe Steppuhn stattfindenden öffentlichen Frauenversammlung. Genossin Hanne ist als tüchtige Rednerin gut bekannt und redigiert die im Berlin erscheinende Gewerkschaftliche Frauenzeitung. Das Gewerkschaftsblatt lädt in der heutigen Nummer der Volkswoche durch Inkret zum Besuch der Versammlung ein.

Das Gewerkschaftsblatt

nach am Montag den 7. Mai in einer erweiterten Vertrauensmännerversammlung Stellung zur Ernährungsfrage und der Politik der hiesigen Preisprüfungsstelle. Genosse G e h l gab als Vertreter der Arbeiterschaft in der Preisprüfungsstelle einen eingehenden Bericht über seine Tätigkeit. Er berichtete eingangs seiner Rede über die Maßnahmen, die von der Partei und den Gewerkschaften getroffen wurden, um den Schwierigkeiten in der Lebensmittelfrage zu begegnen. Dieses Vorgehen fand bei den Behörden viel mehr Entgegenkommen und Berücksichtigung als bei den Preisprüfungsstellen. In der Preisprüfungsstelle haben die Arbeiter leider wie auch die übrigen Konsumenten nur geringen Einfluß. Manche Maßnahmen der Preisprüfungsstelle wird erwidert, wenn man erfährt, daß die Hälfte der Mitglieder aus Vertretern der Produzenten und Händler be-

Staatssekretär von Capelle: Das Besondere dabei ist, daß die Marine nicht anders geartet ist als beim Kaiser. Das Unrecht, das dem zur Beerdigung seiner Mutter Urlaub erhaltenden angeht, ist milder als bei anderen. Die Kollage der milderbezahlten Unterbeamten erkennen wir an.

Abg. Reibel (soz.): Den Erfolg der U-Boote begrüßen wir um so mehr, als wir schon seit Jahr und Tag den rücksichtslosen U-Boot-Krieg gelandet haben. Wir haben auch heute noch die Überzeugung, daß wir damals schon dazu imstande waren, das Selbst, was wir jetzt erreichen, hätten wir schon lange erreichen können. Wir hoffen bei uns, daß sich die Regierung nicht veranlaßt sehen wird, die Sperre zu unseren Ungunsten von irgend-einer Seite aufzugeben oder zu lockern. (Sehr richtig!) Wollen die Engländer unsere Häfen überdauern, so fürchten wir sie nicht nach den Erfahrungen vom Skagerrak. Wir danken allen Tellen der Marine, namentlich auch dem Großadmiral von Tirpitz. (Beifall)

Abg. Dr. Dauterive (natl.): Ich treue mich, daß der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei hier nicht bloß Kritik geübt hat, wie es im Ausschuss der Fall war. Wir sollen der Marineverwaltung, dem Seeheren und dem letzten Staatssekretär volle Anerkennung und Dank, daß sie in dieser schwierigen Zeit des Krieges es verstanden haben, das fürchterliche Instrument der Flotte anzubauen. Die englischen U-Boote leisten nichts. Unsere sind der Stolz des ganzen Volkes. Sie gebären auch die Besatzungen unserer Kreuzer, ohne die die gewaltigen Leistungen der „Räuber“ nicht möglich wären. Die Herrschaft Englands auf dem Meere ist für alle Zeiten erkhardt dank unseren Offizieren und Mannschaften. Wir bringen uns vor dem Staatssekretär Großadmiral von Tirpitz, dem Führer der Flotte, allen Beteiligten den Offizieren und Mannschaften. (Beifall)

Abg. Warmuth (D. Fr.): Durch die Tätigkeit unserer Großkampfschiffe darf nicht vergessen werden. Sie haben die Nordsee frei gehalten vom Feinde und es bedeutet, daß die Städte der langgestreckten Ostküste vernichtet werden konnten. Das Prinzip des rücksichtslosen U-Boot-Krieges darf nicht durchbrochen werden.

Abg. Vogtsberg (S. D.): Dringend die Entlohnung und Behandlung der Arbeiterschaft in den Marinebetrieben.

Abg. Dr. Pflieger (Zentr.): Wir bedauern, daß die Schaffung neuer Stellen im Reichsamt nicht reichlicher ausgefallen ist. Bei den Marineleistungen muß auch Siedebüchler mehr als bisher berücksichtigt werden.

Abg. Griebel (Soz.): Wegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg sprachen nicht nur technische Kräfte, wie in der Kommission gesagt wurde, sondern vor allem politische Kräfte, die heute noch ganz ebenso bestehen. — Der Erfolg, wonach mit den Organisationsvertretern die Werkleistungen gründlich nicht verhandelt, ist zu unserer Begeisterung aufgehoben worden. Aber auch die Zentrale selbst, das Reichsamt, sollte mit Organisationsvertretern zu verhandeln bereit sein. — Die Erfüllung der Arbeiterauschüsse entspricht nicht dem Geiste der Selbstbestimmung; es ist nicht zu billigen, daß sie durch einen Willkürakt einer behördlichen Stelle aufgelöst werden können. Weiter sollte man auch Angehörigen Ausschüsse auf den Werften bilden. — Ist es richtig, daß von den technischen Beamten nur die akademisch Gebildeten zu leitenden Stellen berufen werden? Wäre das der Fall, so müßte das mit Recht bei den anderen technischen Beamten überdacht werden. — Die Gehälter der Angestellten, sowohl der Bureauangestellten wie der technischen, sind bei den gegenwärtigen Verhältnissen absolut unzureichend. Den Klagen darf nicht erst im Frieden abgeholfen werden, vor allem muß bei der Wiederherstellung des Kontakts geachtet werden, die namentlich auch die technischen Angestellten zu leisten haben. Kann man Leute, die schon 18 bis 20 Jahre in nicht etatsmäßigen Stellen beschäftigt sind, aus Mangel an etatsmäßigen Stellen in solche nicht einrücken lassen, so sollte man einen Ausgleichslohn schaffen, um diesen Angestellten vielleicht einen ruhigen Lebensunterhalt zu gewähren. — Von der ehemaligen Kriegsverwaltung sollte man merkwürdigerweise Unteroffiziere und Unteroffiziere ohne Ämter ausgeschlossen. Bei der Reorganisation der Reichsamt bitte ich dringend, auch diese Angehörigen zu berücksichtigen. Die technischen Angestellten sollte man mindestens so stellen wie die entsprechenden Beamtenklassen. Den gering beehrten Angestellten und unteren Beamten sollten weitere Leistungszulagen gewährt werden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Dauterive (natl.): Die Bewährung der Leistungszulagen erfolgt nach bestimmten Grundsätzen der Finanzverwaltung. Eine Beschränkung wird nicht einer anderen vorgezogen werden. Das wurde durch die Umstände verursacht. Was an uns liegt, geschieht in bestem Willen.

Abg. Dr. Dauterive (natl.): Die Ansicht, die politischen Bedenken gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg beständen noch, ist unrichtig. Die U-Boote können heute vorübergehend gewirkt.

Abg. Strauß (D. Fr.): Die Ansicht hat gegen den alten Brauch verfallen, die Reichsamt in der Marine, den als vertraulich zu betrachten. Ich habe nunmehr die Vermutung, Dr. Dauterive jeder technischen Beamten, die von der Marine, der die Leistungen unserer Marine nicht anerkennen. In unserer Arbeit lassen wir uns nicht beeinträchtigen.

Abg. Dr. Dauterive (natl.): Ich habe keinerlei Vertraulichkeit aus der Kommission aus mir hervorgeht. Dagegen weiß man, wer die U-Boote in der Marine gebaut hat.

Abg. Strauß (D. Fr.): Ich habe keine Kenntnis von dem, was sich in der Kommission abgespielt hat. Ich habe nur die Berichte der Jungen.

Es folgt der Bericht des Abgeordneten.

Abg. Strauß (D. Fr.): Ich habe keine Kenntnis von dem, was sich in der Kommission abgespielt hat. Ich habe nur die Berichte der Jungen.

Abg. Strauß (D. Fr.): Ich habe keine Kenntnis von dem, was sich in der Kommission abgespielt hat. Ich habe nur die Berichte der Jungen.

Abg. Strauß (D. Fr.): Ich habe keine Kenntnis von dem, was sich in der Kommission abgespielt hat. Ich habe nur die Berichte der Jungen.

Abg. Strauß (D. Fr.): Ich habe keine Kenntnis von dem, was sich in der Kommission abgespielt hat. Ich habe nur die Berichte der Jungen.

Abg. Strauß (D. Fr.): Ich habe keine Kenntnis von dem, was sich in der Kommission abgespielt hat. Ich habe nur die Berichte der Jungen.

Abg. Strauß (D. Fr.): Ich habe keine Kenntnis von dem, was sich in der Kommission abgespielt hat. Ich habe nur die Berichte der Jungen.

Abg. Strauß (D. Fr.): Ich habe keine Kenntnis von dem, was sich in der Kommission abgespielt hat. Ich habe nur die Berichte der Jungen.

Abg. Strauß (D. Fr.): Ich habe keine Kenntnis von dem, was sich in der Kommission abgespielt hat. Ich habe nur die Berichte der Jungen.

steht. Von einer gewissen Seite sei gefordert worden, der Regierung hätte radikaler bei der Vertretung der Arbeiterinteressen auftreten müssen. Er hätte angesichts der Rücksichtslosigkeit der Danziger Händler und ihre Begünstigung durch den hiesigen Magistrat sein Amt niederlegen und die Massen der Bevölkerung über das volkschädliche Treiben der Preisprüfungsstelle aufklären müssen. Das war jedoch nicht angängig, weil für die Mitglieder ein gesetzliches Schweigeverbot besteht. Auch wäre dann die Arbeiterschaft dort ohne Vertretung gewesen. Was das aber für einen Schaden für die Interessen der Konsumenten bedeutet, zeige das Beispiel von Königsberg. Dort haben die Vertreter der Arbeiterschaft ihre Ämter in der Preisprüfungsstelle niedergelegt. Ein Vergleich der Preise für eine Anzahl Lebensmittel zeigt, daß dieselben in Königsberg höher sind. Mancher Versuch der hiesigen Bäcker und Fleischer, für ihre Waren höhere Preise zu erhalten, konnte abgeschlagen werden, indem durch Vornahme von Probebeschichtungen und -abkungen die Unrichtigkeit der aufgestellten Berechnungen erwiesen wurde. Im Gegenseitig dazu gelang es ihm, dahin zu wirken, daß der Brotpreis herabgesetzt wurde. Mit besten Kräften habe er stets versucht, die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber Händlern und Produzenten zu vertreten. Wenn nicht immer ein Erfolg zu verzeichnen war, so liegt das an der großen Macht, die jene Kreise hier noch ausüben. Einige Vorkommnisse der letzten Zeit zwangen ihn jedoch, sein Mandat den Genossen zur Verfügung zu stellen.

Die Debatte war äußerst rego. Lebhaft wurde über die Art der Versorgung der Danziger Bevölkerung mit Lebensmitteln Klage geführt. Die Reformen auf diesem Gebiet, die der Magistrat kürzlich in Aussicht stellte, sind wieder nicht erfüllt worden. Immer noch werden die Vertreter der Arbeiterschaft viel zu wenig zur Mitarbeit herangezogen. Der Zentrumsgastwirt Klawitter, der jetzt die Leitung der Speiseshallen inne hat, kann unmöglich als Vertrauensmann der Arbeiter gelten. Die Fische werden in Danzig viel zu teuer bezahlt. Endlich müsse auch die Verteilung der Brotarten so geregelt werden, daß Durchstechereien nicht mehr möglich sind. Genosse Karschewski erklärte, daß die Arbeiter an den heutigen Verhältnissen ein Teil Schuld mittragen. Viele hätten zu Beginn des Krieges der Organisation den Rücken gefehlt. Auch bei den Wahlen zum Stadtparlament zeigen die Arbeitermassen noch immer zuviel Gleichgültigkeit, so daß es kein Wunder wäre, wenn dort der Volksgeist nicht zur Geltung käme. Genosse Habenschütz mahnte in beredten Worten zur Einigkeit. Die Vorgänge in der Volksversammlung in Odra wären von großem Schaden für die Arbeiterbewegung gewesen. Dem Genossen Gehl wurde dann von der Versammlung gegen eine Stimme auch weiterhin das Vertrauen ausgesprochen. Er erklärte sich darauf bereit, seine Tätigkeit in der Preisprüfungsstelle weiter auszuüben. Da noch einige weitere Vertreter der Arbeiterschaft gewählt werden sollen, wird eine spätere Versammlung nochmals zu der Frage Stellung nehmen.

Schutz gegen Steuerzettel

Der preussische Finanzminister hat wegen verfehlender Zustellung von Steuerzetteln an Kriegerfamilien 1915 verfügt:

1. daß die Zustellung des Steuerzettels (Veranlagung) nur rechtswirksam sein kann, wenn sie an den Kriegsteilnehmer selbst erfolgt;
 2. daß die Zustellung an den Kriegsteilnehmer vorberhand ausgeschlossen ist;
 3. daß die Frist der Steuerreklamation zunächst nicht abläuft;
 4. daß zu einer Beunruhigung keine Veranlassung vorliegt, da nach § 70 des Einkommensteuergesetzes für Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, welche mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 Mk. veranlagt sind, die veranlagte Steuer für diejenigen Monate, denen sie sich im aktiven Dienst befinden, ohnedies nicht zur Erhebung gelangt.
- Wer also den Steuerzettel für den Krieger erhält, sende ihn mit dem Vermerk „Zum Kriegsdienst eingezogen“ zurück.

Nachahmenswert

Manche Firmen legen ihren Zuschriften folgende Aufklärung bei:

„Zur Vereinfachung des Schreibwesens unterlassen wir in unseren Briefen die sachlich unnötigen Redewendungen und Höflichkeitsformeln, also auch die Versicherung der selbstverständlichen Hochachtung, und bitten Sie, es uns gegenüber ebenso zu halten.“

Wenn mit den Floskeln: „Sehr geehrter Herr“, „Hochverehrte Redaktion“, „Hochwohlgebornen“, „Hochachtungsvoll“, „Ergebenst“ usw. recht gründlich und bald ausgeräumt würde, so wäre das sicher eine „Neuorientierung“, die zu begrüßen wäre. Leider hängt eben auch der Zopf hier hinten, und bis er mit einem energischen Schnitt abgetrennt wird, wird wohl noch einige Zeit vergehen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse

gab dieser Tage den Bericht für das Jahr 1916 heraus. Im Gegenseitig zu vielen andern Ortskrankenkassen Deutschlands hat die Kasse an Mitgliedern während des Krieges nichts verloren. Diese Erscheinung hat ihre Ursache in der stark beschäftigten Danziger Kriegsindustrie. Am Schlusse des Jahres hatte die Kasse 37 139 Mitglieder und zwar 11 675 männliche und 25 464 weibliche. Diese Zahlen legen ein bereites Zeugnis davon ab, in welchem Umfang die Frauenarbeit während des Krieges aufgenommen hat. Die geldliche Lage hat sich günstiger gestaltet. Während 1914 die Kasse weit über 300 000 Mark Schulden hatte, ist es gelungen, diese Summe bis auf 175 000 Mark abzugleichen. Die Einnahme betrug im ganzen 1 505 741 Mark, die Ausgabe 1 433 419 Mark, so daß ein Bestand von 297 463 Mark verbleibt. An Krankengeld gelangte zur Auszahlung 312 466,47 Mark, an Wochengeld 135 845,41 Mark. Im Interesse des Nachwuchses ist es dringend zu wünschen, daß der sozialpolitische Fortschritt, den uns der Krieg durch Einführung der Wochenhilfe gebracht hat, mit Friedensschluß nicht wieder verschwindet. Weitgehendste Säuglingsfürsorge und Wochenhilfe sind gerade in Danzig, wegen der überaus ungesunden Wohnungsverhältnisse dringend notwendig. An Sterbegeld wurden für 242 Todesfälle 16 402,55 Mark gezahlt. Unter den Todesursachen steht an erster Stelle die Tuberkulose mit 36 Prozent. Von den Verstorbenen

Schützt den im Felde Stehenden die Volkswacht!

Danziger Nachrichten

* Die Invalidenrente der Kriegsteilnehmer. Der Kaufmann F., welcher im Jahre 1914 zum Heeresdienst einberufen worden war, hatte einen Kopfschuss erlitten und war der Sehraft auf beiden Augen verlustig gegangen.

* Die Besoldung der Unteroffiziere. Die Unteroffiziere beziehen nach der Besoldungsordnung im Frieden 302,40 Mk. — im Kriege natürlich entsprechend mehr — und erhalten, wenn sie ihre Charge 5 1/2 Jahre bekleiden, die Gehaltsklasse eines Sergeanten in Höhe von 475,20 Mk.;

* Die Ausprägung des Zweieinhalbpennigstücks, die der Kleingeldnot abhelfen soll, wird voraussichtlich nach dem Kriege erfolgen.

Jesuiten und evangelische Kirche.

Mit der Aufhebung des Jesuitengesetzes hat sich die Evangelische Synode des Kreises Danzig-Stadt am 9. Mai beschäftigt. Sie nahm einstimmig eine Entschließung an, die sich gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes wendet.

Wie „Danton“ fant

Von einem Angehörigen der Besatzung des deutschen Unterseeboots, dem es vor einigen Wochen gelungen ist, das französische Minierschiff „Danton“ auf den Grund des Meeres zu versenken.

„Rauchwolke ein Strich an Bord!“ Lange Stunden waren vergangen, ohne daß das angespannte Suchen nach Dampfern durch ein Wort unterbrochen worden wäre.

„Na? Wo is er denn?“ ruft der Kommandant schon aus dem Turme heraus, aus dem er jetzt vollends klettert.

„Da! Auch undeutlich, aber als etwas vorher noch nicht Sichtbares, zwei dünne Linien mitten in der Rauchwolke.“

„Das ist ja wohl 'nen Kriegsschiff!“ pläzt er in die erwartungsvolle Stille plötzlich unser „Schipper“ rein.

„Und doch! Der Mann hatte nicht unrecht mit seiner Verurteilung: Eine sich in ihrer Stärke gleichbleibende Rauchwolke führt fast immer von einem Kriegsfahrzeug her.“

„Alles auf Tauchstationen!“ gibt der Kommandant jetzt Befehl.

* Vom Reichstursbuch erscheint Anfang Juni eine neue Ausgabe zum Preise von 2,50 Mk. Bestellungen nehmen sämtlich Postanstalten und Buchhandlungen entgegen.

* Zeitungsvertrieb nach Warschau. Zum Postvertrieb aus Deutschland nach dem Generalgouvernement Warschau sind fortan widerruflich alle Tageszeitungen in deutscher und fremder Sprache, alle Zeitschriften in deutscher Sprache sowie eine beschränkte Auswahl von fremdsprachigen Zeitschriften zugelassen worden.

Aus Westpreußen

Zur Lohnbewegung bei F. Schichau, Elbing.

Veranlaßt durch die riesige Steigerung der Preise für Bedarfsartikel hatten am 6. Februar die Dreher, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter der Dreherei der Firma Schichau die Erhöhung ihrer Löhne und der Akkordsätze beantragt.

Auf Weisung des Kriegsamts Berlin wird der Schlichtungsausschuß unter der Vorsitz der Verhandlungen über die Forderungen der Dreher und Kupferschmiede schnellstens wieder aufnehmen, damit dürfte jeder Grund für eine Arbeitseinstellung hinfällig geworden sein.

Die Lage des Vaterlandes zwingt dazu, heute jede Manneskraft entweder als Soldat in der Verteidigung oder als tüchtige Arbeitskraft zur Schaffung von Waffen und Nahrung in der Heimat voll auszunutzen.

Alle zurückgestellten Wehrpflichtigen der Firma F. Schichau in Elbing, welche die Arbeit bis zum 20. d. M. abends nicht wieder aufnehmen, haben sich am 21. d. M. beim Bezirkskommando zu melden, um im Heer oder in der Marine für das Vaterland tätig zu sein.

Altenstein, 18. April 1917.

Der Stellvertretende Kommandierende General.

Die Aufregung darüber wuchs so, daß am 20. April, mittags, zirka 7500 Mann die Arbeit niederlegten. Zu diesem Tage wurde eine Versammlung abgehalten, in der die Bezirksleiter empfahlen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß fand am 27. April statt. Hierzu hatten außer den Drehern, andere Gruppen ihre Forderungen aufgestellt.

Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß fand am 27. April statt. Hierzu hatten außer den Drehern, andere Gruppen ihre Forderungen aufgestellt.

„Zwischen sind die Masten bedeutend höher herausgekommen. Immer noch ist nichts von dem Schornstein zu sehen.“

„Run hatten wir schon zwei Anhaltspunkte für unsern „Dampfer“, wie wir ihn immer noch nannten.“

„Einstiegen!“ Richtung Bremen, Hannover, Frankfurt, denkt jeder, der dies Wort zum ersten auf einem U-Boot hört.

„Alles auf Tauchstationen!“ gibt der Kommandant jetzt Befehl.

Jeder Mann der Besatzung hat eine ganz bestimmte Station, die er unter Wasser einzunehmen hat und unter keinen Umständen verlassen darf.

„Alles auf Tauchstationen!“ gibt der Kommandant jetzt Befehl.

Jeder Mann der Besatzung hat eine ganz bestimmte Station, die er unter Wasser einzunehmen hat und unter keinen Umständen verlassen darf.

„Alles auf Tauchstationen!“ gibt der Kommandant jetzt Befehl.

„Alles auf Tauchstationen!“ gibt der Kommandant jetzt Befehl.

„Alles auf Tauchstationen!“ gibt der Kommandant jetzt Befehl.

Die Arbeiter hatten eine Aufstellung der Verdiensthöhe der Dreher usw. vorgelegt, in der unter 25 Firmen die Firma Schichau die niedrigsten Löhne aufwies.

Auch die Firma hatte Umfrage gehalten und einige Antworten dem Vorsitzenden, Leutnant v. Dr. Grabenwitz, unter dem Siegel des Geschäftsgeheimnisses vorgelegt.

Die Arbeiter hatten sich gute Unterlagen verschafft durch Haushaltungsrechnungen, die, Elbinger Verhältnissen angepaßt, die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung klar darlegten.

Einen vollen Tag dauerten die Verhandlungen. Sie führten zu folgendem Schiedsspruch:

Schiedsspruch.

In der Lohnstreitsache der bei der Firma F. Schichau in Elbing beschäftigten Arbeiter wider ihre Arbeitgeberin hat der Schlichtungsausschuß in der Sitzung vom Freitag, den 27. April 1917, an welcher teilgenommen haben als Vorsitzender Leutnant der Landwehr Dr. Grabenwitz, als Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitgeber Fabrikbesitzer Scheffler, Tischlermeister W. Ruch, Schlossermeister Aug. Holz, aus dem Kreise der Arbeitnehmer Schlosser August Kobotowski, Schlosser Ernst Borchers, Schiffbauer Karl Ehler, auf Grund der §§ 9 und 13 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 (R. G. B. Seite 1333) folgenden Schiedsspruch erlassen:

- A. 1. Bei abwechselnden Tag- und Nachtschichten ist für jede Nachtschicht ein Zuschlag von 10 Pf. zu zahlen; 2. Der Ueberstundenzuschlag von 25 Prozent für die Zeit von 6 Uhr abends ab ist sämtlichen Arbeitern zu zahlen; 3. Die weitergehenden Forderungen der Arbeiter auf Lohn-erhöhung werden abgelehnt.

Eine eigentliche Lohnerhöhung ist durch den Schiedsspruch nicht ausgesprochen worden. Die Regelung der Akkordarbeit und die Angabe des Stundenlohns auf den Lohnzetteln wird als ein Fortschritt empfunden.

Wenn die Firma Schichau glaubt, durch Veröffentlichung willkürlich zusammengesetzter Zahlen, die die Größe der Ausgaben zeigen sollen für Wohlfahrtseinrichtungen, um in der Öffentlichkeit in einem besseren Lichte erscheinen zu können, so zieht das nicht mehr.

„Delmaschine ist tauchklar!“ Alle diese Meldungen faßt der leitende Ingenieur zusammen in der Meldung an den Kommandanten: „Klar zum Fluten!“

„Fluten!“ Auf diesen Befehl werden die Schnellentlüftungen aufgemacht, und mit scharfem Pfeifen entweicht die in den Tauchanten befindliche Luft.

„Fluten!“ Auf diesen Befehl werden die Schnellentlüftungen aufgemacht, und mit scharfem Pfeifen entweicht die in den Tauchanten befindliche Luft.

„Fluten!“ Auf diesen Befehl werden die Schnellentlüftungen aufgemacht, und mit scharfem Pfeifen entweicht die in den Tauchanten befindliche Luft.

„Fluten!“ Auf diesen Befehl werden die Schnellentlüftungen aufgemacht, und mit scharfem Pfeifen entweicht die in den Tauchanten befindliche Luft.

„Fluten!“ Auf diesen Befehl werden die Schnellentlüftungen aufgemacht, und mit scharfem Pfeifen entweicht die in den Tauchanten befindliche Luft.

„Fluten!“ Auf diesen Befehl werden die Schnellentlüftungen aufgemacht, und mit scharfem Pfeifen entweicht die in den Tauchanten befindliche Luft.

„Fluten!“ Auf diesen Befehl werden die Schnellentlüftungen aufgemacht, und mit scharfem Pfeifen entweicht die in den Tauchanten befindliche Luft.

„Fluten!“ Auf diesen Befehl werden die Schnellentlüftungen aufgemacht, und mit scharfem Pfeifen entweicht die in den Tauchanten befindliche Luft.

„Fluten!“ Auf diesen Befehl werden die Schnellentlüftungen aufgemacht, und mit scharfem Pfeifen entweicht die in den Tauchanten befindliche Luft.

„Fluten!“ Auf diesen Befehl werden die Schnellentlüftungen aufgemacht, und mit scharfem Pfeifen entweicht die in den Tauchanten befindliche Luft.

„Fluten!“ Auf diesen Befehl werden die Schnellentlüftungen aufgemacht, und mit scharfem Pfeifen entweicht die in den Tauchanten befindliche Luft.

Während Teuerungszulagen sind keine bleibenden Zuschüsse. Sie werden wieder verschwinden, wenn die Arbeiter keine genügenden Gegenmaßnahmen vorbereiten.

Darum seid auf der Hut, rüftet belagerten!

Für Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse ist es wertvoll, daß es erst des von mancher Seite verpönten HILF's die nötige Gesetzgebung bedürfte, um der Arbeiterschaft die jetzt erlangten Vorteile zu verschaffen. Die deutschen Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokratie waren gut beraten, als sie dem Geleit nach seiner möglichen Verbesserung zustimmten.

Westpreussische Hindenburg-Spende. Nach einer Veröffentlichung der Westpreussischen Landwirtschaftskammer wurden bis zum 31. März in den 25 Kreisen der Provinz für die Hindenburg-Spende abgeliefert 68 989,3 Kilogramm Speck, 10 047 Kilogramm Schmalz, 9024,3 Kilogramm frisches Fleisch und 7207,3 Kilogramm Fleischdauerware, ferner noch Eier und Wild. An erster Stelle steht der Kreis Marienburg mit 19 082 Kilogramm, an letzter der Kreis Danziger Höhe mit 764 (1) Kilogramm. — Es muß immer wieder betont werden, daß es sich hier nicht um ein „Spenden“ der in Frage kommenden Nahrungsmittel handelt, sondern das jedes Pfund mit den vorgeschriebenen Höchstpreisen bezahlt wird, wenn nicht ausdrücklich, wie es ja auch sehr gelegentlich vorkommt, auf Bezahlung verzichtet wird.

Marienburg. Eisenbahnerinnen Los. In Ausübung ihres Berufs vom Zuge überfahren und sofort getötet wurde am 7. Mai die Eisenbahnarbeiterin Hasselberg aus Kalkhof (Marienburg). Sie wurde vom Zuge vollständig zermalmt. Ihr Ehemann befindet sich im Kinde. Drei unmündige Kinder trauern um die Mutter.

Marienburg. In der Sitzung der Preisprüfungsstelle vom 4. Mai nahm den größten Raum die Herabsetzung der Höchstpreise für Fleisch ein. Die Preisprüfungsstelle ging über die vom Staate vorgeschlagene Ermäßigung der Preise noch hinaus. Die neuen Höchstpreise für Fleisch, ebenso der Tag des Inkrafttretens werden demnächst durch den Magistrat bekanntgemacht werden.

Aus der Partei

Millionäre als Arbeiter-Klassenkämpfer.

Diese Überschrift ist leider keineswegs ein Scherz. Sie ist harte „unabhängige“ Wirklichkeit. In den Reihen der neuen „revolutionären“ Parteigründungen, deren Führer, wie selbst Abg. Haacke, schon den Arbeiterangehörigen wegen ihrer angeblichen „Lage“ das Klassengefühl absprechen, zeigen sich ganz andere Dinge. Zu ihnen gehört mehr als ein Millionär, wie z. B. der Berliner Rechtsanwalt Abg. Dr. Herzfeld, der Behauptung erhaltener internationaler Betragswerte in Höhe von 100 Millionen, wenn wir bei der persönlichen „unabhängigen“ Kampftätigkeit einmal beachtenswerte eine Anleihe machen und die Beeinträchtigung sozialdemokratischer Arbeiterpolitik durch den „Schicksal“ darlegen würden? Schließlich zwingt dazu einmal die Danksagung, die so manche jetzt noch unverständliche „Internationalität“ der „Unabhängigen“ erst gründlich aufklären kann.

Wie sehr es logischer und natürlicher, wenn Millionäre auf der anderen Seite des Klassenkampfes stehen. Statt „Klassenkämpfer“ die Sezessionierung der Arbeiterbewegung zu fördern.

„Unabhängiger“ Hamburg

Der Parteivorstand wird uns geschrieben: Im Lande und bei Gerichte vertritt die Partei habe auf die Regierung eingewirkt, damit den Vertretern der „Unabhängigen“ kein

Entwurf. Die Kunst des Torpedoschiffes selbst besteht darin, die Kräfte des Torpedos und des Dampfes bis zum gemeinsamen Treffpunkt richtig anzulagern.

Der heißt ja ganz merkwürdig aus? meinte noch einer. Welche der Kommandanten immer noch angelehnt durch das Wasser lebend. „Ansehenslose Platten, um wider Schorstein?“ Darauf ließ er den Torpedoschiffen durchgehen. Der harte Baum durchgehen, als er mit der Erregung gegenüber dem Wasser war. Ihre Rollen: Erklärung für Kapitänleutnant, der in ein fremdliches Zimmer trat, er sprach gerade.

Einmal sprachte der Kommandant seinen Torpedoschiffen vom Schiffe weg und sah selbst wieder durch.

„Schiffen!“ Der sprachte daß er jetzt wieder abgeben. Aber wieder kommen wir zum Torpedoschiff. Dann sprachte durch das Wasser das Schiff, daß unter „Dampf“ sich bewegte, und das Schiff, das unter „Dampf“ sich bewegte, und das Schiff, das unter „Dampf“ sich bewegte.

Die Kommandanten des Torpedoschiffes. Er hat einen Anblick als Entzweiung bei sich. Bei der Kommandanten, die mit dem Schiff in einer Reihe gut bewegte, wie der Kommandant, dem auch die „Unabhängigen“ den Torpedoschiffen.

„Der Torpedoschiffen!“ Der Kommandant sprachte. Der Kommandant sprachte, daß er jetzt wieder abgeben. Aber wieder kommen wir zum Torpedoschiff. Dann sprachte durch das Wasser das Schiff, daß unter „Dampf“ sich bewegte, und das Schiff, das unter „Dampf“ sich bewegte.

Die Kommandanten des Torpedoschiffes. Er hat einen Anblick als Entzweiung bei sich. Bei der Kommandanten, die mit dem Schiff in einer Reihe gut bewegte, wie der Kommandant, dem auch die „Unabhängigen“ den Torpedoschiffen.

„Der Torpedoschiffen!“ Der Kommandant sprachte. Der Kommandant sprachte, daß er jetzt wieder abgeben. Aber wieder kommen wir zum Torpedoschiff. Dann sprachte durch das Wasser das Schiff, daß unter „Dampf“ sich bewegte, und das Schiff, das unter „Dampf“ sich bewegte.

Die Kommandanten des Torpedoschiffes. Er hat einen Anblick als Entzweiung bei sich. Bei der Kommandanten, die mit dem Schiff in einer Reihe gut bewegte, wie der Kommandant, dem auch die „Unabhängigen“ den Torpedoschiffen.

Pässe zur Reise nach Stockholm ausgestellt werden. Selbstverständlich handelt es sich um ein Märchen, das aber für die Kampfmethoden gewisser Leute charakteristisch ist.

Gesellschaftliche Beweiskämpfung

In einer von angeblich über 300 Personen, weit überwiegend Männern, in Hamburg besuchten Versammlung, die für Sonntag nachmittags einberufen worden war, die jedoch nicht öffentlich bekanntgemacht werden konnte, sprach Abg. Haacke über die Konferenz in Gotha und die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ueber die „Partei der Regierungssozialisten“ sagte er im Wortlaut des Berichts in Nr. 102 der „Leipz. Volksztg.“: Sie besteht in der Hauptsache nur noch aus Angehörigen in der Partei, in den Gewerkschaften und in sonstigen aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen sozialen Einrichtungen. Die Anhängerschaft aus den Reihen der Arbeiter ist verhältnismäßig gering. Das Verhalten der Scheidemann, Ebert, Legien usw. verlängere den Krieg, während es die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, alles zu tun, um dem Völkermorden möglichst schnell ein Ende zu bereiten.

Die Vorlegungen sollen mit großem Beifall aufgenommen sein. Eine Diskussion konnte von Belagerungszustands wegen nicht stattfinden.

Wir sehen hier einmal davon ab, daß es selbst dem ersten Führer der „Unabhängigen“ nicht möglich ist, Volk und Regierung auseinander zu halten. Dabei weiß niemand besser als Haacke, daß die Sozialdemokratie und auch der Parteivorstand niemals vor der Regierung Kotau gemacht haben. Für ihr hartbedrängtes Volk ist die Arbeiterpartei offen und ehrlich durch die Tat, nicht zuletzt im Interesse des Proletariats und seines Zukunftsstrebens, in Erfüllung unbedingter Verteidigungspflicht, eingetreten. Ist es nun aber, trotz des Spandauer Wahlauflages, nicht schon lächerlich völlig falsch, die Sozialdemokratie nur noch als ein Häuflein unverbesserlicher Angehöriger erscheinen zu lassen? Ist die „unabhängige“ Taktik, ihre „Beweiskämpfung“ so gut wie ausschließlich auf diese Karte, die allerdings ganz ohne ein Gewissen und Intelligenz ausgespielt werden kann, zu stützen, aber nicht sehr — gefährlich? Würde es nicht den völligen Zusammenbruch alles sozialistischen Strebens bedeuten, wenn schon die Verhältnisse, in denen sich unsere Arbeiterangehörigen befinden, sie wirklich mißlingschwach und charakterlos machen würden? Und schließlich der stets durchdringende häßliche Beigeschmack der „Arbeitergroßen“ bei „Angestellten“. Handelt ein Jurist wirklich klug, wenn er so argumentiert? Er würde es mit Recht als demagogische Hehe abwehren, wenn ein ganz Unverständiger etwa behaupten wollte: Ein Rechtsanwalt kömmergt von den Sünden und der Art von den Gebrechen der Armen. Mit nicht gar zu vieler Scharsinn könnte auch jemand, vielleicht gar nicht mit viel bösem Willen, auch noch andere, vielleicht noch unheimlichere Vergleiche ziehen! Deshalb sollte die Auseinandersetzung zwischen den Unabhängigen und der Sozialdemokratie, von deren, die sich laut tönend revolutionärer Reinheit rühmen, nicht so häßlich verpölet werden. Die Arbeiterangehörigen leben und leiden mit ihren Klassengenossen. Ihr Klassengefühl ist tausendmal urwüchsiger und unbestechlicher, als das jener Männer, die im Bürgerertum wurzelnd, das Proletariat überhaupt nur höchst oberflächlich kennen.

„Unabhängige“ Friedensfeinde.

Die Konferenz in Stockholm soll möglichst von den Sozialisten aller Länder und aller Richtungen besetzt sein, damit große Volksteile in ihr ihre Vertretung erhalten. Aus diesem Grunde legt sich der Parteivorstand und der „Vorwärts“ dafür ein, daß auch die deutsche Minderheit mit Pässen nach Stockholm von der Regierung ausgestattet wird. Der „Vorwärts“ schreibt, daß es dringend zu wünschen sei.

„Sum . . . rumms!“ Ein erleichterendes Aufatmen geht durch das Boot. Ein Treffer! Gott sei Dank! Und der zweite?

„Sum . . . rumms!“ Zum zweiten Male. Hurra! Zwei Treffer!

„Schiff bekommt 90 Grad Schlagseite.“ berichtet uns der Kommandant über den Erfolg der beiden Schüsse. Was macht der Zerstörer?

„Schnell auf Tiefe gehen! Zerstörer hält auf uns zu!“ Mit hoher Geschwindigkeit brausen wir jetzt mit 10 Grad Neigung nach unten. Heller summen die elektrischen Maschinen, deutlich hört man jetzt wieder Leben im Boot. Da! Das Tiefenmanometer zeigt schon eine beträchtliche Tiefe an, da hören wir vor uns eine starke Detonation: Der Zerstörer hatte eine Wasserbombe geworfen.

Das Explosionsgeräusch einer Wasserbombe läßt sich am besten so kennzeichnen: Quack! ein kleiner Knack, wie wenn man mit dem Fingerringel gegen eine feste Wand schlägt. Dann ein heller, lauterer Knack, als wenn man mit einem Hammer gegen die Wand schlägt.

Der erste ExploSION folgten noch mehrere andere. Man sah jetzt doch einige bedenkliche Gesichter. Allmählich aber verloren sich die Geräusche der Explosionen in weiterer Ferne, und die Spannung löste sich. Als oben alles ruhig blieb, gingen wir wieder auf Angriffstiefe, um uns umzusehen.

Die „Danton“ war gelentert; sie lag noch kurze Zeit ruhig, mit dem Hebe hoch heraus, wie um sich uns noch einmal zu zeigen. Dann ein kurzes Aufschrecken, senkrecht versank der Zerstörer nach 45 Minuten. Nicht weit von ihm flüchte der Zerstörer in das Wasser schwimmenden Leute auf.

Mit Hilfe des Lotschensuchs der Kriegsschiffe stellten wir fest, daß wir ein Sinkenschiff der „Danton“-Klasse vernichtet hatten.

Der Fall wollte es, daß wir am nächsten Tage genau über die Stelle der Versenkung wieder wegfuhrten. Ein weißes Feld von Tausenden kleiner Korallenriffe hob und senkte sich in der schweren Dürung. Berühmt trieben da noch viele Holzstiele, Boockriemen, Spieren, Holzplanke. Dann etwas weiter: Hängematten, Kleiderstücke, Kunstplanke. Alles ohne jede Erklärung. Nur eine Kleiderstiefel die wir fischen, gab uns mit den darin befindlichen Briefen Aufschluß über unsern Fall: Es war die „Danton“ selbst!

„daß keine Regierung irgend einem Eingeladenen den Auslandspass verweigert. Wir wünschen, daß über die Zulassung zur Konferenz niemand anders zu entscheiden habe, als das zuständige Bureau. Wer geladen ist, dem gebührt auch ein Paß!“

Also wieder die offene Bereitwilligkeit, mit allen zu verhandeln, wenn der Sache des Friedens gedient wird. Was sagt dagegen die „Leipziger Volkszeitung“, das Zentral-Organ der unabhängigen Arbeitersinnenschaftler?

„Am gegenseitigen wäre schon, wenn die russische Gefinnungs-genossen, die allein eine reelle Morgengabe mitzubringen haben, von vordereit erklären würden, wie sie es getan haben sollen: Mit Regierungssozialisten verhandeln wie überhaupt nicht.“

Wir müssen diese frivole Handlungsweise den Genossen in der Heimat und im Felde mitteilen. Um ihres Parteistanks willen suchen diese „Unabhängigen“ das Zustandekommen der internationalen Besprechungen zu verhindern. Sie scheuen sich nicht darum, daß die ganze Friedensarbeit zu Grunde geht, wenn sie nur der verhassten Wahrheit ein ausweichen können. Diese volksfeindliche Gehässigkeit kann gar nicht weit genug bekannt werden, damit die deutschen Arbeiter wissen, was sie von diesen Leuten zu erwarten haben.

Literatur

— Simplicissimus. Die soeben erschienene Nummer 5 enthält folgende Zeichnungen: „An das russische Volk“ und „Ein nachdenklicher Moment“ von Wilhelm Schulz, „Wilson und die letzten Mohikaner“ und „Bewegte Zeiten“ von E. Thöny, „Fieberhafte Kühlung“ von Th. Th. Heine, „Der Kunstmaier“ und „Des Mädchens Klage“ von F. Heubner, „Deutsches Programm“ von D. Gulbransson, „Der russische Hamlet“ von E. Schilling und „Rationalistische Elegie“ von Blig. Textlich ist die Nummer ausgestattet mit einer Skizze: „Gerechtigkeit“ von Hugo Wolf, ferner mit je einem Gedicht: „Lieber eines Soldaten an sein Kind“ von Arnold Mühl, „Frühling“ von Rataiböck und „Selbstkenntnis“ von Edgar Steiger. Dann folgen zwei Beiträge: „Nohn als Staatsbeamter“ von F. B. und „Wohltätigkeitskatastrophe“, sowie vier Beiträge unter „Lieber Simplicissimus“ und „Vom Tage“.

Kst. Id Nr. 724.

Bekanntmachung. Schafhalter! Landwirte!

Alle Schafwolle ist durch die Bekanntmachung W. I. 1640/6. 16 KRA. der Militärbehörde vom 18. Juli 1916 beschlagnahmt; sie wird zur Herstellung von Militärwachen dringend gebraucht und ihre Ablieferung ist vaterländische Pflicht.

Die Wolle darf nur an **Wollhändler**, die sie unter ständiger Kontrolle der Militärbehörden der Kriegswollbedarfs-Alt.-Gef. zuführen, verkauft werden, nicht aber an **Verarbeiter**.

Wolle darf für den Selbstgebrauch im eigenen Haushalt nur dann verpackt werden, wenn das Kriegsministerium sie freigegeben hat; wer ohne erfolgte Freigabe Wolle verpackt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft.

Anträge auf Freigabe von Mengen nicht über 5 kg sind an die Kriegswollabteilung des Reichs Kriegsministeriums, Sektion W. I. Berlin SW. 48, verl. Hedemannstraße 10, zu richten. Keine andere Behörde ist befugt, Wolle freizugeben.

Weitere Auskünfte erteilen die Ortsbehörden. Das stellv. Generalkommando wird durch Revisoren nachprüfen lassen, ob den Bestimmungen der oben genannten Bekanntmachung entsprochen worden ist.

Danzig, den 10. Mai 1917.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps. Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn. Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Bekanntmachung betreffs Anmeldung von Bauten.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird hiermit für den Bereich des XVII. A. K. einseif. der Festungen angeordnet, daß alle im Gange befindlichen und in Zukunft geplanten Bauarbeiten, auch die mit **erteilter Bauerlaubnis**, bis zum 20. Mai d. Js. bei der Kriegsamtsstelle Danzig anzumelden sind.

Hierzu sind Fragebogen von der Kriegsamtsstelle anzufordern und in dreifacher Ausfertigung mit den erforderlichen Anlagen einzureichen.

Bauten der Bautenliste unterliegen dieser Meldepflicht nicht. Die Unterlassung der Anmeldung sowie die Fortführung der Ausführung von Bauten ohne Genehmigung wird nach § 9 Buchstabe B des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und § 1 des Gesetzes betreffs Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 11. Dezember 1915 mit Gefängnis bis zu einem Jahr bezw. mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 8. Mai 1917.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps. Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn. Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Echt getrockneten Schnupftabak offeriert garanz. rein.

Julius Gosda, Kohlabakgroßhandlung und Schnupftabakfabrik, Danzig, Gde Hätergasse 5 u. 2, Priesterstraße 5. Fernspr. 2428

Volksfürsorge
Genossenschaftlich-Genossenschaftliche
Versicherungsgesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene
und Kinder. Kein Policenverkauf
Rechnungsstelle 16 Danzig
Kassier: P. P. P.

Gute Volks- und Jugendbücher
zum Preise von 10—50 Pfennigen
empfehlen
Buchhandlung **Vollswacht**
Danzig, Paradiesgasse 32.

waren 94,6 Prozent unter 70 Jahre alt. 59 Prozent starben schon in einem Alter von unter 50 Jahren! Diese Zahlen geben beides Zeugnis dafür, in wie hohem Maße die Lebenskraft der arbeitenden Schichten früh verbraucht wird. Um den Angestellten der Kasse die Teuerung weniger fühlbar zu machen, sind Teuerungszulagen gezahlt worden. Diese enthielten aber Sätze von 7,50 und 10 Mark monatlich. Wir glauben nicht, daß mit sehr geringen Teuerungszulagen den Angestellten eine merkliche Erleichterung der wirtschaftlichen Not geschaffen ist. Ein im Interesse der Entwicklung und der Selbstverwaltung der Kasse überaus erfreuliches Ergebnis ist dadurch erzielt worden, daß anstelle des bisherigen Heeresdienst einberufenen Magistratsassessors Behrend, der bis dahin bestellter Vertreter des Vorsitzenden war, Kaufmann Erich Karulisch einstimmig zum Vorsitzenden gewählt wurde. Damit erreichte die unruhigliche Danziger Magistratsverwaltung in der Kasse ihr Ende. Der Gedanke der Organisation hat sich auch bei dem Vorstand der Danziger Kasse wie bei anderen westpreussischen Kassen Bahn gebrochen. Im Herbst vorigen Jahres fand in Danzig eine Zusammenkunft Westpreussischer Ortskrankenkassen statt, in der ein Unterverband Westpreußens des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen gegründet wurde. Möge dieser Zusammenschluß auch dazu dienen, daß die hiesige Ortskrankenkasse bald ein Unternehmerrweitgehendster sozialer Fürsorge wird, wie es die Kassen vieler anderer deutscher Großstädte durch die praktische Arbeit organisierter Arbeiter schon lange geworden sind. Diese Aufgabe will man hier noch immer nicht anerkennen. Wohl ist ein Vorsitzender mit Zustimmung der freien Arbeitervertreter gewählt. Im Vorstande hat man trotzdem den freigeordneten Vertretern, entgegen der einfachsten Gerechtigkeit und dem entscheidenden Ergebnis der Ausschuswahl, jedes Amt verweigert. Stello. Vorsitzender ist noch immer der Zentrumsmann Galkowski! Die Relegung der Angestelltenverhältnisse läßt noch sehr zu wünschen. Wohl stellte man den Direktor an und machte mehrere Abteilungen über zu Beamten. Die Anstellung von Hilfsarbeitern wird jedoch mit der Berufung auf den Krieg grundsätzlich verweigert. Dabei schreibt die Dienstordnung ausdrücklich vor, daß kein Hilfsarbeiter länger als 2 Jahre in diesem Verhältnis beschäftigt werden darf. Trotzdem werden sehr tüchtige Kräfte, deren Verlust die Kasse schwer fühlen würde, schon über 3 Jahre als Hilfsarbeiter beschäftigt. Dazu ist die Abneigung des Direktors Lindenaug gegen die Angestellten-Ausschüsse dem Personal immer noch verweigert. Die Vertreter der freigeordneten Arbeiterschaft sollten trotz ihrer Minderheit etwas entschlossener gegen solche Unzulänglichkeiten vorgehen.

Städtische Wohnungspolitik.

Nach dem Kriege wird sich überall ein großer Mangel an Kleinwohnungen zeigen. Bereits vor dem Kriege trat der Mangel überall in Erscheinung. In manchen Städten war er unglaublich groß. Ist es doch vorgekommen, daß bei Kleinwohnungen nur 1 Prozent leerstehende Wohnungen zu den waren, während 4 Prozent das Minimum ist.

Eine vorübergehende Erleichterung hat allerdings hergestellt, weil die Einberufung zahlreicher Männer ein Zusammenziehen innerhalb der Familien hervorgerufen hat.

Nun suchen aber nach Friedensschluß all die Tausende Kriegsgetrauten ein Heim. Tausende sind aus mancherlei Ursachen, wie Tod des Ernährers, Einschränkung der Einkommensverhältnisse und dergleichen gezwungen, die größeren Wohnungen mit kleineren zu vertauschen. Dazu die vielen Flüchtlinge von Heimkehrenden, die inzwischen in das ehemals verlassene eingetreten sind und nun in Scharen ihre Wohnungen suchen.

All das läßt auf einen starken Andrang nach Kleinwohnungen schließen, dem unsere heutigen Verhältnisse nicht nachgeben sind.

Es ist merkwürdig, wie wenig sich unsere Städte in der Lage um dieses so wichtige Problem kümmern. Wir haben uns wiederholt auf die Notwendigkeit einer Lösung dieser Frage hingewiesen. Wann gehts ans Handeln? Auf das Wichtigste ist keine Hoffnung zu setzen. Schon vor dem Kriege haben die Verhältnisse auf dem Bauplatz nicht gerade günstig, besonders von Kleinwohnungen, ermutigt. Daran hat das Kapital nicht genug. Es findet rentierendere Möglichkeiten. Darum sind die Städte auf sich selber angewiesen, und wenn sie nicht zu spät kommen wollen, haben sie jetzt zu beginnen mit einer modernen kommunalen Wohnungspolitik.

Diese Notwendigkeit gilt besonders für Danzig. Alle bekannte Kultur scheitert, so lange die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses den Profitinteressen des privaten Hausbesitzes überlassen bleibt. Das beweisen hier nicht nur der Wohnungsmangel und der „Zustand“ vieler Wohnungen, sondern auch die Höhe der Mieten und Umfang wie Inhalt der bekannten Mietverträge.

Großkapitalismus und Gemeinwohl

In Ergänzung unserer Mitteilung, daß dem Magistrat Papierfabrik Böttkau von einem simplen Baugewerksmeister Fejn vor der Kasse für 470 000 Mk. fortgekauft worden wir jetzt in der „Elbinger Zeitung“:

„Wie erinnerlich, hatte der Danziger Magistrat in Aussicht genommen, die an der Radaune gelegene Danziger Papierfabrik Böttkau zu erwerben und sie zu einer Ueberlandzentrale auszubauen, zu dienen sollte, den sich ständig steigenden Strombedarf der Stadt Danzig zu befriedigen. Die Stadtverordnetenversammlung war der Ansicht, daß es wohl gut sei, das Werk zu verfolgen, der für Böttkau geforderte Preis aber zu hoch sei und ein Preis von 250 000 Mk. angemessen sei. Jedenfalls der Magistrat Vollmacht, Böttkau zu kaufen, wenn es für 250 000 Mk. zu haben sein sollte. Nicht wenig Auffsehen erregte denn in voriger Woche, als Baugewerksmeister Bruno Fejn die Danziger Papierfabrik Böttkau für 470 000 Mk. kaufte, daß nicht Selbstkäufer war, lag in eingeweihten Kreisen auf der Zunge, daß die Schichauwerke in Danzig auch das Herrn Braunschweig gehörige Rittergut Groß-Böttkau für 10 Millionen Mark käuflich erworben haben. Die Schichauwerke nun ihrerseits die Wasserkräfte der Radaune auszunutzen ein eigenes elektrisches Kraftwerk dort errichten. Die Radaune Wasserfälle von 44 Meter, so daß eine erhebliche Stromausbeute erzielt werden dürfte. Für die Schichauwerke hatte die Danziger Papierfabrik gekauft. Das

der Papierfabrik benachbarte Rittergut Groß-Böttkau wird seit fast 20 Jahren von Herrn Landeshauptmann Braunschweig bewirtschaftet und soll es auch weiter werden, allerdings für Rechnung des neuen Besitzers. Zu dem Gute gehört eine Ziegelei, die bei dem Kaufe mit 200 000 Mk. bewertet worden ist. Die Sache ist für die Stadt Danzig nicht gerade angenehm, weil damit ein glänzender Plan unter den Tisch fallen mußte und sie außerdem in der Schichauwerke einen neuen Ueberlandzentrale verliert.

Dampige 1 1/2 Millionen Mark ließ es sich also die Firma F. Schichau kosten, um der Stadt Danzig ihre geistige und kapitalistische Ueberlegenheit zu beweisen. Dieser Vorgang ist in jeder Hinsicht ein historischer Markstein aus der „großen Zeit“ des Weltkrieges. Wenn die „eingeweihten Kreise“ offen sprechen wollten, die Welt würde noch viel Erbauliches zu hören bekommen. Keiner Zufall ist es natürlich, daß der konservative Führer und Direktor des Hauptorgans der „Danziger Allgemeinen Zeitung“, Städt. Brungen, in der Stadtverordnetenversammlung am meisten gegen die Vorlage opponierte. Richtig ist, daß der Preis für Schichau höher wurde, wenn die Stadt als Käufer auftrat. Von Wert ist die Tatsache, daß Landeshauptmann Braunschweig einer der ersten konservativen Führer Westpreußens und Vertreter des angestammten Grundbesitzes ist und trotzdem mit dem verpönten Großkapital zu diesem Zwecke gemeinsam ging! Wir können nur wiederholen, was wir bereits aus Anlaß des Zwickaufkaufes über die Gefahr des Privateigentums für die städtische Gemeinschaft geschrieben haben. Greift nicht der Staat energisch zu, dann wird die Stadt Danzig durch Schichau rettungslos elektrisch erdrückt. Der Magistrat, der sich diese unerantwortliche Niederlage trotz aller Begeisterung für die „Freiheit des Kapitals“ holte, ist deshalb nicht zu bedauern. Das überstarke Selbstbewußtsein des Oberbürgermeisters hat dadurch einen nützlichen Dämpfer erhalten. Es bleibt nur zu bedauern, daß die Bürgerschaft nicht die Möglichkeit besitzt, den Magistrat für seine Genügsamkeit zur Verantwortung zu ziehen. Mit einigen Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung hätte es unmöglich zu dieser Ueberwindung kommen können.

Arbeiter! Angestellte! Parteigenossen! Werbet Abonnenten für die Volkswacht!

Gelesene Nummern werft nicht fort, sondern gebt sie Euren Bekannten, um diese als Leser der Volkswacht zu gewinnen

In jedes Heim gehört die Volkswacht!

Abonnementspreis einschl. Botenfr. monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1 Mk



* Keine Besuche von Angehörigen bei Stadtkindern auf dem Lande.

Uns wird geschrieben: Es hieß die Opferwilligkeit der ländlichen Familien, die erholungsbedürftige Stadtkinder bei sich aufnehmen, schlecht lohnen, wollte man duben, daß die Kinder von Eltern und Geschwister ohne Not belacht würden. Es ist irrig, anzunehmen, unsere Landwirte verfügen bei der unter dem eisernen Zwange der Notwendigkeit angeordneten weitgehenden Ablieferungspflicht aller Lebensmittel noch über irgendwie nennenswerte Ueberflüsse an Nahrungsmitteln. Es ist daher von den Städten nicht hoch genug anzuerkennen, daß die Landwirte in erfreulich weitgehendem Umfang eines Landaufenthalts zuteil werden lassen wollen. Für die Gewährung von Gastfreundschaft an deren Angehörige aber reichen die knapp zugemessenen Lebensmittel ebensovwenig aus wie für die „Hamsterei“ von Städtern. Um die Last der Aufnahmen nicht unnötig zu vergrößern, sind Besuche bei Eltern oder sonstigen Verwandten bei den Kindern nicht gestattet. Die Eltern, Verwandten oder die gesetzlichen Vertreter der Kinder dürfen die aufnehmenden Landwirte nicht um Lieferung von Nahrungsmitteln angehen.

Beschränkung der Pfingstreisen

Der für die Zeit der Osterferien an das Publikum gerichtete Appell, im Interesse der Umlauber die Reisen auf der Eisenbahn nach Möglichkeit einzuschränken, hat im allgemeinen gewirkt. Die angestrebte Vermeidung einer Ueberanstrengung des Betriebes wurde erreicht, wenn auch die Ueberfüllung einzelner Züge nicht vermieden ist.

Für die Pfingstferienzeit ist erfahrungsgemäß mit einem wesentlich größeren Verkehr zu rechnen, als für die Osterferienzeit. Sonderzüge, oder sonstige Ausdehnung des Zugverkehrs für den Bergnütungsverkehr müssen mit Rücksicht auf den übrigen Verkehr, welcher keine Unterbrechung erfahren darf, grundsätzlich unterbleiben.

Es wird deshalb wie für die Zeit der Osterferienzeit auch für die Pfingstferienzeit das dringende Ersuchen an das Publikum gerichtet, alle nicht notwendigen Reisen zu unterlassen, um einer Ueberfüllung der Personenzüge vorzubeugen. Es muß als vaterländische Pflicht jedes einzelnen angesehen werden, die Plätze in den Zügen den Umlaubern zu überlassen, welche aus dem Felde beurlaubt werden können. Muß schon diese Zahl mit Rücksicht auf den Verkehr bis auf das Neuberke eingeschränkt werden, wie vielmehr ist es da Pflicht jedes einzelnen in der Heimat, auf die vielleicht gemöndte Pfingstreise zu verzichten. Bietet doch die Umgebung der Städte, die mit elektrischer Bahn oder mit Lokalbussen zu erreichen ist, bei dem Erwachen der Natur Erholungsmöglichkeiten in Hülle und Fülle. Insbesondere müssen auch Pfingstreisen nach den Garnisonen zum Besuch von zum Dienst eingezogenen Verwandten unterbleiben. Jeder halte es sich vor Augen, daß er bei einer nicht unbedingt nötigen Reise in unverantwortlicher Weise einem Umlauber, der sein Leben für ihn an der Front einsetzt, einen Platz im Zuge bei seiner nur so kurz bemessenen Urlaubsfahrt wegnimmt. Darum helfe jeder an seinem Teil auch durch Unterlassen einer Bergnützungsfahrt über die jetzige schwere Zeit hinweg.

Gegen die hohen Heringspreise.

Die Erzeugerhöchstpreise für grüne Heringe, die im Jahre 20 Pf. das Pfund betragen, sollen in diesem Jahre 45 Pf. in die Höhe geschraubt werden. Der hiesige Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen hat dagegen Stellung genommen und bei dem Staatskommissar Michailis in Berlin durch folgendes Telegramm Einspruch erhoben: „Protestieren

entschieden gegen viel zu hohen Erzeugerhöchstpreis von 45 Pf. für Heringe. 1918 betrug er in Danzig 20 Pf. Der Heringfang und reichliche Breilingsfänge verschaffen den Fischern guten Verdienst. Die Erhöhung ist ungerecht und erzeugt starke Erregung in allen Kreisen.“ — Hoffentlich ist das Vorgehen von dem gewünschten Erfolg begleitet. Gerade bei den Fischen, die doch von der See freigebig gespendet werden, ist jede Preissteigerung unverantwortlich. Die Verdoppelung des Preises ist unerhört.

Neue Vergünstigung des Handels.

Die Maßnahmen des Danziger Magistrats zeichneten sich schon während des ganzen Krieges durch weitgehendste Rücksichtnahme auf die Kreise des Handels aus. Auch wenn dies auf Kosten der großen Masse der Verbraucher geschah. Trotzdem war der Danziger Groß- und Kleinhandel aufs eifrigste bemüht, die Fesseln, die ihm der Krieg auferlegt hat, möglichst bald zu zerprengen. Dieses Vorgehen des Handels fand auch eifrige Unterstützung von Seiten der liberalen „Danziger Ztg.“ Die Danziger Händler können durch die Hilfe des Magistrats einen neuen Erfolg verbuchen.

Der städtische Großmarkt für Gemüse und Obst, ein Organ der Reichsstelle für Gemüse und Obst, deren Aufgabe es ist, die Bevölkerung am besten und billigsten mit den einschlägigen Waren zu versorgen, ist neuerdings aus schließlich den Händlern ausgeliefert worden.

Im vorigen Jahr war es den Verbrauchern möglich, sich direkt auf dem Großmarkt zu versorgen. Ebenso war es Arbeiter-, Beamten- und anderen gemeinnützigen Ausschüssen möglich, für ihre Mitglieder dort einzukaufen und die Waren zum Selbstkostenpreis an ihre Mitglieder weiter zu geben. Dies soll in Zukunft nicht mehr sein. Es ist ganz unverständlich, mit welchem Recht hier die Selbsthilfe der Verbraucher bei einer halbamtlichen Organisation unmöglich gemacht wird und es nicht scharf genug hiergegen protestiert werden. Die Einführung von Schlüsselkarten wird nicht den Erfolg haben, den man berechtigterweise erwarten kann, wenn nicht die Verbraucher durch Selbsthilfe preisregulierend auf den Markt einwirken und wütende Preistreiberer verhindern. Es ist ganz falsch, keine Maßnahmen zu ergreifen, als wenn ein Ueberangebot an Gemüse und Obst sein wird. Vielmehr muß man annehmen, daß die Nachfrage das Angebot bei Weitem übertrifft.

Durch den städtischen Großmarkt ist es möglich, daß die Erzeuger und Verbraucher ohne Vermittlung zusammen kommen und die wirtschaftlichste, sparsamste Art des Güteraus-tausches ist gegeben und der Handel überflüssig.

Beschlagnahme der Schafwolle.

Nachprüfungen durch Revisoren der Militärbehörden haben ergeben, daß von Schafhaltern in großem Umfange gegen die Anordnungen der Bekanntmachung W. I. 1640/6. 16. R. R. U. vom 18. Juli 1916 betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schafschur und des Wollgefälles bei den deutschen Verbererern verstoßen worden ist. Diesem ist die Meinung vertreten, kleinere Wollmengen seien ohne weiteres zur Verarbeitung im eigenen Haushalt des Schafhalters frei. Diese Ansicht ist irrig. Jede, auch die kleinste Menge Schafwolle ist beschlagnahmt. Nur derjenige Schafhalter darf Wolle eigener Schur im eigenen Haushalt verarbeiten und verbrauchen, dem die Genehmigung dazu von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Reichs-Vereins für den Kriegsmünsteriums Sektion B. I., Berlin SW. 48, verl. Hedemannstr. 10, an die Anträge auf Freigabe von Mengen bis zu 5 Kilogramm gerichtet werden können, erteilt werden ist. Die Schafwolle muß an die ortsbekanntesten Händler abgeliefert werden, die unter ständiger Kontrolle der Militärbehörden stehen und ihre Wollengänge der Kriegswollbedarfs-Akt.-Gef. zuführen.

Ausdrücklich verboten ist der Verkauf von Wolle an Verbraucher, gleichviel ob an Spinnereien oder an Privatkunde, die die Wolle im eigenen Haushalt verspinnen.

Die Militärbehörden werden eingehende Nachprüfungen vornehmen lassen. Verstöße werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr, oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. geahndet werden.

* Der Puddingpulverschwindel blüht lustig weiter.

Zwar ist reines Kartoffelmehl zum festgesetzten Höchstpreise von 25 Mk. pro Zentner selbst bei der zuständigen Kriegesgesellschaft für den Kleinhandel, das heißt, den Hausbedarf, nicht zu haben. Aber die Industrie, die Kartoffelmehl ein wenig färbt, mit Fruchtäther und Extrakten parfümiert und dann zu 180 bis 280 Mk. den Zentner in kleinen Dölen verkauft, wird von derselben Kriegesgesellschaft immer wieder mit Kartoffelmehl beliefert. Neuerdings hat sogar eine einflußreiche Groß-Berliner Gemeinde eine Nahrungsmittelfabrik mit Kartoffelmehl zur Herstellung von Puddingpulver beliefert. Wo bleibt da das aufsichtführende Kriegsernährungsamt, wo bleiben die kontrollierenden Preisprüfungsstellen? Die Verbraucher werden gern auf Puddingpulver verzichten, wenn sie das ihnen wichtigere reine Kartoffelmehl zu normalen Preisen erhalten können.

* 4 Mk. für das Pfund Zucker.

Süße Spuren führten zur Entdeckung eines wucherischen Kettenhandels mit Zucker und eines herrenlosen Lebensmittellagers in Berlin. Trotz aller Geheimhaltung sickerte dort durch, daß in mehreren Geschäften Zucker bis zu 4 Mk. das Pfund verkauft wurde. Wie die Ermittlungen ergaben, stammt diese Ware von Schiffsalbumen, die für Warmesodenfabriken ankamen. Es ist aber Zucker gleich zentralweise von der Abfuhr in den Schleichhandel gekommen. Bevor die Ware an die Verbraucher kam, ging sie durch zehn Hände, und der Preis stieg allmählich von 27 Pf. auf 4 Mk. für das Pfund. Die süßen Spuren führten endlich in eine alte baufällige Remise, wo noch mehrere Zentner Zucker, dazu Mehl, mehrere Kisten Eier mit je 500 und je 600 Stück Schweine- und Rinderköpfe, 50 Schinken, Rauchfleisch usw. gefunden wurden. Der Geschäftsinhaber schien ebenso überreicht zu sein wie die Entdecker des Lagers. Er erklärte, daß er von den Sachen nichts gewußt habe und daß sie sein Eigentum nicht seien. Vielleicht hätte sein Schwager Auskunft geben können, aber der sei kürzlich gestorben. So waren denn die schönen Sachen herrenlos und wurden zur Verteilung an Rüstungsarbeiter beschlagnahmt.

Harmonische Freude. Die liberale „Danziger Zeitung“ ist gar zu bescheiden geworden. Eine Aeußerung des Elbinger Bürgermeisters Dr. Müllers, in der er einfach anerkennt, daß die Geschäftsführung der Gesellschaft „Lebensmittelversorgung Westpreußen“, die ehrenamtlich von den Danziger Großkaufleuten Gronau, Stadtrat, und Anter geleitet wird, auch der Stadt Elbing Lebensmittel zuführt, nennt sie schon ein „Verständlicher Pöbel“? Ist die hollische Anerkennung ganz selbstverständlicher Pflichterfüllung ist schon ein „Pöbel“ und gleich — für „Danzig“? Woher kommt wohl die Verlegenheit? Wohl nicht deshalb, weil man noch immer vergeblich darauf wartet, daß die magistralische Prokurator der Verweigerung der Unterstützungszulüsse für Kriegsfamilien und das harte Kriegsprogramm des liberalen Oberbürgermeisters: „Nur hat es schon vor dem Kriege gegeben. Wir können doch nicht die Not aus der Welt schaffen“, gelobt werden? Dieses „Pöbel für Danzig“ betrifft aber zwei hervorragende Vertreter des Großhandels und deshalb v. Oldenburg-Darmstadt ist doch etwas mehr fatal als Tugendzeuge. Selbst diese bescheidene Freude!

Einem dreisten Berliner Schwindel hat die Danziger Strafkammer zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Kaufmann Peter Bartel aus Panfow inhierte im März vorigen Jahres in westpreussischen Zeitungen, daß er 2000 Pfund Schweinefleisch zu 180 Mk. das Pfund zu verkaufen habe. Er firmierte H. Wolff und trat als solcher auch mit den Leuten, die sich an die Anzeige meldeten, in Verhandlung. Einer Frau in Braut bei Danzig offerierte er 200 Zentner garantiert reines Schweinefleisch und verabredete, daß sein Sohn kommen und den Kaufpreis von 36 000 Mk. bei Abschluss des Geschäfts entgegennehmen sollte. Der Sohn trat auch in Braut ein, er wurde aber verhaftet, da man Verdacht schöpfte. Es stellte sich heraus, daß der Verhaftete nicht der Sohn von Wolff, sondern der Kaufmann Bartel aus Panfow war, der unter dem Namen Wolff die ganze Sache eingeleitet hatte. Es handelt sich um einen groß angelegten Schwindel, denn in Wirklichkeit belief Bartel überhaupt kein Schweinefleisch. Die Strafkammer verurteilte ihn jetzt wegen Urkundenfälschung, Betrug und Besetzung eines falschen Namens zu zwei Jahren Gefängnis und einer Weisung Haft.

Zucker und Süßholz. Südamerikaner fliegen lebhaft darüber, daß ihre Süßholzwälder in rassistischem Zucker sich verarmen. Dabei hat diese neue Ware nur schwer unterzubringen ist. In manchen Fällen soll der Lagerbestand sich gegen das Vorjahr nahezu verdoppelt haben. Wir wagen deshalb zu hoffen, daß für die kommende Einmachzeit ausreichendere Zuckermengen als im Vorjahr zur Verfügung stehen werden. Andererseits liegt der Kriegsausbruch für Konsumtenteuren mit Recht darüber, daß nicht nur die derzeitige Zuckerration außerordentlich knapp ist, sondern auch die Süßholzwälder immer noch an den alten Mängeln krankt. Es ist nicht recht verständlich, daß es allein bei dem Vertriebe beschränkter Zuckermengen bleibt, ohne daß auf andere Süßstoffe zurückgegriffen wird. Vom „Dulcin“ hat man zwar einstweilen berichtet, daß es gesundheitsschädlich wirkt. Dem stehen aber Zeugnisse einer Naturisten, unter anderem des Professors Dr. Schmidt-Berlin gegenüber, die dem ganz widersprechen, so lange man davon keine Dosis in Frage kommen. Deshalb sollte unbedingt man Zucker noch immer gesparrt werden muß, der Preis der süßholzwälder Erlösanteil wenigstens so weit vermindert werden, daß auch bei beschränkter Ration keine Zuckermangel in der Versorgung der Bevölkerung eintreten.

Schutz der im Vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen.

Durch eine Bundesratsverordnung vom 3. Mai 1917 sind zum Schutze der im Vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen wichtige Maßnahmen getroffen worden. Hiernach können nämlich die Personen, die zufolge einer besonderen schriftlichen Aufforderung oder zufolge Ueberweisung gemäß § 7 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst im Hilfsdienste verwendet werden, in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten die Zulassung des Verfahrens beantragen, wenn sie infolge ihrer Tätigkeit im Hilfsdienste an der Wahrnehmung ihrer Rechte behindert sind. Ferner kann auf ihren Antrag in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die bei den ordentlichen Gerichten anhängig sind oder anhängig werden, das Prozeßgericht für sie als Schuldner der Zahlungsfrist unter Umständen auf sechs (statt auf drei) Monate ausdehnen.

Für Personen, die sich in Ausübung des Vaterländischen Hilfsdienstes im Auslande aufhalten, wird in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die bei den ordentlichen Gerichten sowie bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten anhängig sind oder anhängig werden, das Verfahren unterbrochen.

Vorsicht bei Verwendung von Wasserglas!

Wohl das bekannteste Verfahren, um Eier zu konservieren, ist das Einlegen in Wasserglas. In der gegenwärtigen Zeit wird das Verfahren wegen der Knappheit an Eiern wohl weniger Anwendung finden als im Frieden. Aber gerade um die vorhandenen Vorräte womöglich durch schlechtes Material noch zu verringern, dürfte eine Warnung Beachtung verdienen, die der Bezirksarzt Dr. Mann in Pirmasens veröffentlicht. Er sagt unter anderem:

Vor dem Kriege wurde das zur Konservierung von Eiern verwendete Wasserglas stets nach den Vorschriften des Deutschen Arzneibuches hergestellt — das betreffende Erzeugnis war sogenanntes Karbonatwasserglas —, während jetzt, wegen des Sodamangels, meist das sogenannte Sulfatwasserglas zur Gewinnung von Wasserglas üblich ist. Dieses Sulfatwasserglas ist aber zur Konservierung von Eiern durchaus ungeeignet. Den Lagervorräten zum Beispiel, die jetzt Hunderttausende von Eiern für den kommenden Winter konservieren, ist die Verwendung von Sulfatwasserglas zu diesem Zweck ausdrücklich untersagt. Man nehme also Wasserglas zur Konservierung der Eier nur dann, wenn der Verkäufer schriftlich volle Garantie gibt, daß das fragliche Produkt Karbonatwasserglas ist und daß er für alle etwa aus der Verwendung des verkauften Wasserglases entstehenden Schäden haftet; andernfalls nehme man entsprechend der Aufforderung des Lebensmittelamtes Garantie. Nur so kann man darauf rechnen, daß die eingelagerten Eier nicht verderben und daß man nicht neben der in jetziger Zeit doppelt empfindlichen Einbuße an einem der wertvollsten Nahrungsmittel bei allenfallsiger Verwendung von Wasserglaseiern, die scheinbar noch gut sind, gesundheitlichen Gefahren sich aussetzt.

Gefährliche Waschmittel.

Waschmittel, die Natriumsuperoxyd enthalten, sind infolge ihrer heftigen Eigenschaften (Gefahr von Verätzungen, namentlich der Augen, Feuergefahr, Explosionsgefahr) für die Verwendung der Hausfrau nicht geeignet. Wenn auch durch Gebrauchsanweisungen und Aufschriften darauf hingewiesen wird, daß die Waschlauge vor Hitze und Nässe unbedingt geschützt werden müssen, daß die Büchsen nicht mit nassen Händen angefaßt, auch nicht mit Licht oder Feuer berührt werden dürfen usw., so kann doch nicht erwartet werden, daß alle Personen, die derartige Waschlauge benutzen, insbesondere Arbeiterinnen, Waschkrauen, Dienstmädchen, halbwüchsige Mädchen, die Gebrauchsanweisungen und Vorsichtsmaßnahmen streng beachten; dann muß aber mit der Möglichkeit von Unfällen gerechnet werden. Wird nämlich das Pulver mit feuchten Gegenständen berührt oder mit wenig

Wasser zusammengebracht, so tritt eine heftige Reaktion ein, die Gegenstände von brennbaren Stoffen, wie Papier, Wäsche, Kleidungsstücken zu deren Entzündung führen kann. Wird vorförmlich das Pulver in viel kaltes Wasser geschüttelt, so ist zwar Reaktion gemindert, dabei können aber durch Verpuffen oder Ausströmen des stark ätzenden Superoxyds die in der Nähe befindlichen Personen Gesundheitschädigungen erleiden. In anderen Fällen beobachtet worden, daß beim Einstreuen von Natriumsuperoxyd Pulvern in Wasser Funken oder Flämmchen sich bildeten, was scheinlich infolge von Resten metallischen Natriums, die von der Stellung her im Superoxyd verblieben waren. Die von den Herstellern außerdem angebrachte Warnung vor Erhitzung der Pulver zeigt, auch hierbei mit Gefahren, nämlich mit Explosionen infolge Sauerstoffabgabe aus dem Superoxyd, gerechnet wird.

Trotz der wertvollen bleichenden Eigenschaften des Natriumsuperoxyds muß deshalb vor dem Vertriebe und der Verwendung von Waschmitteln, die Natriumsuperoxyd enthalten, dringende Warnungen werden.

Beschädigtes Papiergeld. Die Post- und Telegraphenanstalten sind angewiesen, beschädigte und unbrauchbar gemachte, sowie geflechte und beschmutzte Reichsbanknoten und Reichskassenscheine anzunehmen, aber nicht wieder auszugeben. Es kann daher nur empfohlen werden, derartige Scheine, im täglichen Verkehr schon manchem zum Vergernisse geworden sind, bei Einkäufen von Freimarken usw. an den Postämtern in Zahlung zu geben und beim Wechseln größerer Scheine diesen Stellen darauf zu achten, daß man nicht beschädigte zurückhält.

Die Kleingeldhamster werden fächer. Die amtlich angekündigte und auch im Reichstag besprochene Absicht, Silber- und Nickelmünzen außer Kurs zu setzen, hat bereits den Erfolg gezeitigt, daß in allen öffentlichen Kassen, Banken wie Sparkassen, reichlich Hartgeld eingezahlt wird. Sowohl an Silber wie an Nickelgeld sind in den letzten Tagen so große Mengen eingetroffen, wie im ganzen letzten Halbjahr nicht. Der Schreck ist den Kleingeldhamstern eben in die Glieder gefahren.

Als Liebesgaben verbotene sogenannte Heilmittel. Der Chef des Feldsanitätswesens weist darauf hin, daß sogenannte Liebesgaben geeignete Gegenstände wie Wagentropfen, Mundsalbe, Fußsalbe, Schweißpulver, Natriumtabletten, Rheumajan, Wobert-Tabletten, Hustenzucker, Mundwundpflaster, Egarpie usw. von jetzt an als Liebesgaben anzunehmen sind, da derartige Heilmittel in vielen Fällen unteuer, völlig wirkungslos und in ihrer Zusammensetzung meistens sogar schädlich sind. Es wird gebeten, von der Spende solcher Sachen abzusehen.

Für dauernden 7-Uhr-Ladenschluß. Der Inhaber eines großen Berliner Detail-Konfektionsgeschäfts schreibt dem „Konfektionär“:

„Mit Befremden habe ich zu wiederholten Malen in der „Konfektionär“ gelesen, daß man in den Detailistenkreisen fortgesetzt darüber debattiert, ob es bei dem 7-Uhr-Ladenschluß bleiben soll oder nicht. Ich möchte hierzu bemerken, daß der 7-Uhr-Ladenschluß bei der Kundschaft, wie auch bei den Chefs und dem Personal so zur Zufriedenheit eingeführt ist, daß heute alle beilebigen Kreise schon mit Schrecken daran denken, daß man wiederum zum 8-Uhr-Ladenschluß zurückzukehren beabsichtigt. Die Kundschaft hat sich sehr schnell an den früheren Schluß der Geschäfte gewöhnt und befragt die Einkäufe von 6 bis 7 Uhr genau so gut wie von 7 bis 8 Uhr und die Geschäfte sind keinesfalls während dieser Zeit überlaufen. Ich glaube dies beurteilen zu können, da ich ein sehr lebhaftes Geschäft habe. Eine Nachfrage bei den hiesigen Detailisten, wer für und wer gegen den 7-Uhr-Ladenschluß würde sicherlich ergeben, daß die Mehrheit für den jetzigen Schluß ist.“

Ich hatte Gelegenheit, einen grossen Posten

nur moderner, elegant garnierter

Hüte sowie Hutformen

sehr vorteilhaft zu erstehen / Ich bringe die Hüte zu folgenden Preisen zum Verkauf:

| | | |
|--|--|--|
| <p>Strohformen in weiss, creme und schwarz</p> <p>Serie 1 1⁹⁵ / Serie 2 2²⁵ Serie 3 2⁹⁵ / Serie 4 3²⁵</p> <p>Ein grosser Posten</p> <p>Kinder-Hüte 1⁴⁵</p> <p>Ein grosser Posten</p> <p>Bestformen 3⁵⁰</p> <p>Ein grosser Posten</p> <p>Jugendlicher Hüte 3⁴⁵</p> <p>Ein grosser Posten</p> | <p>Garn. Hüte</p> <p>— streng moderne Formen und Garnierungen. — alle Farben</p> <p>Serie 1 5⁹⁵ / Serie 2 7⁵⁰ Serie 3 9⁵⁰ / Serie 4 12⁷⁵</p> <p>Ein grosser Posten</p> <p>mod. Ranken</p> <p>Serie 1 58 / Serie 2 95 / Serie 3 145</p> | <p>Sporthüte in schwarz, weiss</p> <p>Serie 1 2⁹⁵ / Serie 2 4⁵⁰ Serie 3 5⁵⁰ / Serie 4 8²⁵</p> <p>Eleg. Sporthüte bis 16⁵⁰</p> <p>Ein grosser Posten</p> <p>Litzen-Hüte schwarz 6²⁵</p> <p>Ein grosser Posten</p> <p>eleg. Litzen-Hüte 19⁵⁰ schwarz, jede Form 8.25</p> <p>Ein grosser Posten</p> <p>mod. Tagal-Form. 28⁰⁰ alle Farb., jede Form 17.75</p> |
|--|--|--|

Julius Goldstein

Verlangen Sie Rabattmarken.

Lawendelgasse Nr. 4. 108

„Vorwärts“-Bibliothek

Gute Bücher für Unterhaltung und Belehrung gehören ins Feld:

| | |
|---|--|
| <p>Erweck Ein Roman aus dem Reichsarchiv von G. B. 1.00</p> <p>Der Ausweg Eine Erzählung von Ernst Lohmann 1.00</p> <p>Das Land der Zukunft Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Verfahr' eines Volk' Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Der Prinzipienreiter Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>In den Tod getrieben Erzählung von G. B. 1.00</p> <p>Der Pariser Garten Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Mutter Ein Frauenstück von H. B. 1.00</p> <p>Der Morgen graut Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>1000 Mark Belohnung Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Die Heiterelei Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Das Waisenhaus z. Hahn Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Der Gotteslästerer Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Die Markteländerin Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Kriegsfahrten Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Kriegsberichte Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Herzen im Kriege Erzählung von H. B. 1.00</p> | <p>Der Ausweg Eine Erzählung von Ernst Lohmann 1.00</p> <p>Das Land der Zukunft Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Verfahr' eines Volk' Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Der Prinzipienreiter Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>In den Tod getrieben Erzählung von G. B. 1.00</p> <p>Der Pariser Garten Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Mutter Ein Frauenstück von H. B. 1.00</p> <p>Der Morgen graut Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>1000 Mark Belohnung Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Die Heiterelei Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Das Waisenhaus z. Hahn Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Der Gotteslästerer Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Die Markteländerin Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Kriegsfahrten Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Kriegsberichte Erzählung von H. B. 1.00</p> <p>Herzen im Kriege Erzählung von H. B. 1.00</p> |
|---|--|

Jeder Band gebunden Preis 1 Mark.

Buchhandl. Volkswohl Danzig, Paradiesgasse 3

Verhinderung der Disziplin in Kriegsbetrieben

Zunächst wird mitgeteilt:

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung eine Verordnung über die bei Behörden oder in kriegswirtschaftlichen Organisationen beschäftigten Personen verabschiedet. Diese Personen versehen vielfach ähnliche Obliegenheiten wie Beamte, unterliegen aber nach den bisherigen Vorschriften weder den Bestimmungen des Disziplinarrechtes, noch den Vorschriften des Strafgesetzbuchs gegen die Verletzung von Amtspflichten. Die neue Verordnung füllt diese Lücke aus, indem sie Pflichtwidrigkeiten der Angestellten, die auf gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch Handschlag verpflichtet sind, mit ähnlichen Strafen bedroht wie Amtsdelikte. Daneben sind Strafvorschriften norgelesen, die sich gegen die mißbräuchliche Weitergabe und Verwertung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen richten.

Eine weitere Verordnung befaßt sich mit dem Recht der Arbeitspflichten. Sie läßt zugunsten der Personen, die auf Grund besonderer schriftlicher Aufforderungen oder Uebereinkommen im kriegswirtschaftlichen Hilfsdienst verwendet werden, prozessuale Vergünstigungen, insbesondere richterliche Zahlungs- und Einlieferungsbeschlüsse, im gleichen Umfange zu wie bei Angehörigen immobilier Truppendivisionen.

Polenfragen im Hauptauschuß

In Fortsetzung der Debatte über die besetzten Gebiete spricht Kaufmann (Dpt.) über Polen. Er tadelt die Rücksichtslosigkeit bei Entnahme von Rohstoffen, namentlich in Holz, und die Nichtberücksichtigung der Juden bei der Beschäftigung von Arbeitskräften. Er verlangt Umwandlung des Staatsrats in ein wirkliches Ministerium. Wurmuth (D. Fr.) findet dagegen die Vollmachten des Staatsrats schon zu weitgehend. — Major Köth erklärt, der Lodzer Industrie gegenüber sei nicht anders vorgegangen worden, als gegenüber der russischen; Härten sollten durch Entschädigung gemildert werden. — Köhler (Soz.) kritisiert scharf die Zustände in Oberost unter dem Fürsten von Ikenburg-Birkeln und seinem Untergouverneur Nord von Bartenburg. Letzterer sei endlich auch seines Amtes entsetzt worden. Der Fürst aber, der noch immer auf seinem Platze sei, habe die politische Presse unterdrückt, Spionageverbrechen gestiftet, die Lebensmittelversorgung vernachlässigt. — Göttsch (Dpt.) bestätigt diese Klagen. Der Fürst von Ikenburg bleibe auf seinem Posten wegen seiner hohen Verwandtschaft. Polen müsse selbständiges Zollgebiet werden mit Vorzugsbestimmungen für die Ausfuhr nach Rußland.

Es wurde festgestellt, daß die für die Vorgänge in Polen verantwortlichen Herren vom Reichsamt des Innern nicht anwesend sein können, da sie im Verfassungsausschuß unabkömmlich seien. Infolgedessen mußten die Verhandlungen vertagt werden.

Landarbeit und Hilfsdienst

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragt folgende Resolution:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die von verschiedenen stellvertretenden Generalkommandos erlassenen Verordnungen über Arbeitshilfe in der Land- und Forstwirtschaft, die mit den Bestimmungen des Gesetzes über den kriegswirtschaftlichen Hilfsdienst in Widerspruch stehen, aufgehoben werden.

Schutz der Elsaß-Lothringer

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, nach dem Bericht, beschloffen, folgende Interpellation im Reichstage vorzubringen:

„Mit dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch Bestimmung der Militärbehörden in Elsaß-Lothringen andauernd gegen die elsaß-lothringische Verfassung, gegen das Schutzhafengesetz und gegen die Immunität der Reichstagsabgeordneten verstoßen wird?“

Neue Kriegskredite

Berlin, 8. Mai. Einer Meldung des „W. L.“ zufolge wird dem Reichstag eine neue Kriegskredit-Vorlage zugehen. Es steht aber nicht fest, ob sie bereits in dem jetzigen Tagungsabschnitt vorliegen oder einige Wochen später eingebracht werden wird.

1000 Kriegstage

Wie wir mitteilten, waren am 26. April tausend Tage Weltkrieg verstrichen. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb aus diesem Anlaß: „Dem kalten, nicht gefühlvoll rechnenden Statistiker sind tausend Tage Krieg ein „willkommener Begriff“. Er berechnet, daß jeder Soldat bei allen Kriegsführenden und an allen Fronten zusammen durchschnittlich 7000 bis 8000 Menschen das Leben geraubt, 16 000 bis 20 000 verwundet und 4000 bis 5000 in Gefangenschaft gebracht hat. Er berechnet, daß jeder Tage eine halbe Milliarde Kriegskosten veranlaßt, eine Summe, für die ein kleines Berlin in der Wüste Sahara bewohnt werden könnte. Er berechnet, daß täglich 20 000 Kinder in Deutschland ungeboren bleiben, daß die Totenverluste dreimal soviel betragen, als in dem Deutschland des Friedens Menschen sterben. Er berechnet, daß sie in ihrer Gesamtheit den Verbrauch der wehrfähigen Mannschaften eines Volkes von 60 Milliarden Seelen darstellen. Er berechnet, daß keine Sekunde in diesen tausend Tagen Krieg ohne das Fehlen eines Kanonenrohres und keine Minute vergangen ist, in der nicht wenigstens ein Menschentleben verlor. Wir wissen nicht, ob diese die Zukunft uns bringen wird, welche Feinde in ihr uns noch erben werden, wieviel Nachfolger diese tausend Kriegstage noch werden.“

Der Kronprinz und die alldeutschen Kriegsziele

Berlin, 9. Mai. („Tägl. Rundsch.“) Von dem Kronprinzen ist in Händen des Vorsitzenden des Unabhängigen Ausschusses für einen alldeutschen Frieden auf das Begrüßungstelegramm folgende Antwort eingetroffen:

„Ueber die freundlichen Wünsche des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden habe ich mich besonders geäußert und danke allen, die meiner gedacht haben.“ Kronprinz Wilhelm.

Unfreiwilliges Zeugnis

Die „Leipziger Volkszeitung“, das Zentralorgan der „Unabhängigen“, teilt in einem Leitartikel mit, daß der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Metallindustrieller, Kommerzienrat Bleichert, bei der Verhandlung im Leipziger Rathhaus zu den Arbeitern geäußert habe:

„Uns Unternehmern war das Hilfsdienstgesetz höchst unbequem; Ihr, die Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie, sind seine Täter.“

Das ist zwar nicht ganz richtig, denn der eigentliche Vater des Hilfsdienstgesetzes ist in allen Ländern der Krieg. Aber das Zeugnis der sächsischen Metallindustriellen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften das Gesetz für die Unternehmer höchst unbequem gemacht haben, lassen wir uns gerade von der „Leipziger Volkszeitung“ gerne bestätigen. Es trifft zu.

Russische Umwälzung

Massen-Desertationen nach der deutschen Front

Die „Nowoje Wremja“ führt in einer ihrer letzten Ausgaben bittere Klagen über die massenhaften Desertationen an der russischen Front und führt dies auf deutsche Machenschaften zurück.

Englands Gold gegen Rußlands Freiheit

W. L. B. Stockholm, 3. Mai. „Aftonbladet“ veröffentlicht einen aufschlußreichen Aufsatz über „Englands Gewalt Herrschaft in Rußland“.

Darin wird ausgeführt, daß englische Bemühungen, einen Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland zu verhindern, zunächst sich nur vorläufig ans Licht wagten, jetzt aber ganz frei an die Öffentlichkeit traten. Unzählige Summen britischen Goldes, heißt es weiter, flössen in russische Taschen. Die russischen Telegraphenlinien werden von den Engländern beaufsichtigt. Durch ein solches wohlorganisiertes System erzielte man gewisse Ergebnisse. Die Friedensfreunde verdächtigt, konnte man die Ablehnung eines Sonderfriedens durchsetzen. Bekanntlich gingen hierbei die englischen Behörden so weit, daß sie die russischen Revolutionäre in Kasibir zurückhalten ließen und peinliche Verhöre mit ihnen anstellten. Russische Klagen beantwortete man durch Ausschüfte betreffend angelegte Verleumdungsschriften. So gelang es, den Arbeiterrat zu der Erklärung zu bringen, nur einen allgemeinen Frieden gutzuheißen zu können.

Die Festsicherung des Friedens liegt jedoch allein im Interesse der englischen Großindustriellen, die sich durch Vermehrung des russischen Goldes zu Heeren über die ganze Welt wagen wollen. Für diesen Zweck müßten die Dandegossen ihr Blut vergießen. Zeit eiliger Zeit versucht man durch Schreckmittel zu wirken. So wagt man jetzt den Russen das japanische Gespenst an die Wand, obwohl Japan nicht daran denkt, sich in die europäischen Fragen einzumischen. Dabei behält sich ein demokratisches Rußland keineswegs die imperialistischen Bestrebungen Japans, während im Gegenteil die Behinderung eines Sonderfriedens den Sieg des imperialistischen Mikadow bedeutet, dessen Willkür Japan noch unerschrockener sein dürfte, als die eines früheren Japans. Ein anderes Schreckmittel sind die Propagandawebungen über die deutschen Kolonialverbrechen und Truppenverwundungen an der Ostfront, die einer Offensive gegen Petersburg gellen sollen.

Gleichzeitig ist London eifrig beschäftigt, sich russische Offiziere anzuwerben. Es ist allgemein bekannt, daß erstliche Kannten umfangreiche Carbonsäure um Rußland wie bei Eisens vornehmen. Als dies bekannt wurde, beistete man sich, es abzuleugnen. Bezeichnenderweise bestritt man russischerseits nur die Verhältnisse in russischer Länder, an England im Zusammenhang mit der Kriegsanleihe. Dies ist besonders auffallend und zeigt, daß das Abkommen an und für sich nicht bestrittbar ist. Wie neutrale Beobachter erzählten, herrscht augenblicklich in London in vermögenden Kreisen eine fastnacktsstimmung, so sicher und siegesgewiß fühlt man sich in der Ueberzeugung, daß der russische Koloss selber denn je im Schmelztauf ist. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Engländer bald die Vergänglichkeit alles Irdischen wieder erkennen müssen. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß der Tag eher kommen kann, als man ahnt, an dem die englische Gewalt Herrschaft in Rußland vorüber ist.

Die russische Maiseier

W. L. B. Petersburg, 2. Mai. (Petersh. Telegr.-Agent.) Das Fest des 1. Mai dauerte gestern bis spät in die Nacht hinein. Ueber 300 Tribünen waren in den verschiedenen Stadtvierteln errichtet worden, wo von den Rednern der verschiedenen Parteien sehr viele Reden gehalten wurden, von denen die große Mehrzahl das Volk aufforderte, die eroberte Freiheit bis zum äußersten zu verteidigen. Es wurde keine Rede über einen Sonderfrieden gehalten, und jedes Wort gegen den Krieg wurde mit der größten Härte aufgenommen. (1) Die Reden der Parteigänger Lenins riefen fast überall die Rufe: „Genug!“ und „Schweig!“ herauf. Unter den Rednern, die im Automobil von Stadtteil zu Stadtteil fuhren, befanden sich Michailow, Lenin, dann der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates Scheide, stellvertretender Vorsitzender Stobesew und Justizminister Kerenski, der zum engen Zusammenschluß aller sozialistischen Parteien aufforderte. Nirgends wurde die Ordnung gestört.

In ganz Rußland wurde das Arbeiterfest des 1. Mai mit der gleichen Lebhaftigkeit und Begeisterung gefeiert wie in Petersburg. In zahlreichen Städten wie in Kronstadt, Minsk und anderen, die in der Nähe der Front liegen, nahmen die Truppen in ausgedehnter Weise an den Kundgebungen der Arbeiter teil. In Jassy veranstalteten die russischen Truppen eine gewaltige Kundgebung, der General Schilcherbatschew beiwohnte. Die Soldaten boten ihm ein rotes Band an, das er dankend annahm. Er erklärte, daß er es sein ganzes Leben lang als Zeichen des Vertrauens seiner Truppen aufbewahren werde.

Empörung gegen die englische Bevormundung

W. L. B. Stockholm, 9. Mai. Während der Unruhen der letzten Zeit wurden in Kronstadt auch eine Reihe von englischen Seemanns ermordet. Es wird berichtet, daß die russischen Matrosen den englischen Offizieren den Gehorsam verweigern.

Diese Mitteilung verschafft größere Klarheit über die Natur der letzten bedeutenden Unruhen in Petersburg. Das russische Volk will sich nicht länger von der durch England gestützten liberalen provisorischen Regierung in das englische Kriegsjoch spannen lassen.

Gegen die Kriegsziele der Entente

Das amtliche Organ des Arbeiterrates „Iswestija“ teilt mit, daß während der Beratung des Arbeiterrates, in welcher der Beschluß zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Regierung gefaßt wurde, der Petersburger Telegraphen-Agentur eine

Mitteilung zugestellt wurde des Inhalts, daß die Öffnung der Dardanellen, die Abtretung Transilvaniens, der Adriaküste und Elsaß-Lothringens von der Arbeiterchaft nicht gewünscht werde.

Maiseierkämpfe

„Matin“ meldet, daß 8000 sozialistische Gewerkschaftsmitglieder am 1. Mai ein Meeting abhielten. Die Manifestanten gelangten auch zum Boulevard Magenta, wo es zu Zusammenstößen und Schlägereien mit der Polizei kam. Eine Gruppe gelangte auf Umwegen zu dem Place de la Republique, um in die dort gelegene Arbeiterbörse einzudringen. Einzelheiten über diese Kundgebung wie auch der Wortlaut der Tagesordnung wurden von der Zentralkommission unterdrückt.

Kriegswirtschaftliches

Sprengstoff-Wucher

Eine Dividende von 100 Prozent schlagen die Sprengstoffwerke „Glückauf“ Akt.-Ges. in Hamburg einer auf den 16. Mai anberaumten neuen Generalversammlung vor. Für die erste, der Vertagung anheimgefallene, Generalversammlung war eine Dividende von „nur“ 40 Prozent in Vorschlag gebracht worden, die den arbeitsmüden Aktionären zu niedrig schienen. Sie erzwangen deshalb die Vertagung und die Vorlegung des neuen Vorschlages durch die Verwaltung. Für das Geschäftsjahr 1915 betrug die Dividende, abgesehen von einem in Form von Gratisaktien gewährten Bonus von 100 Prozent, 30 Prozent. — Die skandalösen Wucherprofite schreien nach der Verstaatlichung der Munitionsindustrie.

Riesengewinn der Badischen Anilinfabrik

Die Badische Anilin- und Sodafabrik verzeichnet nach 12 369 258 Mt. Abschreibungen (im Vorjahre 11 607 570 Mt.) einschließlich 2 893 875 Mt. Vortrag (im Vorjahre 2 627 799 Mt.) einen Reingewinn von 26 442 647 Mt. (im Vorjahre 19 828 870 Mt.). Die Dividende wird mit 20 Prozent wie im Vorjahre und außerdem ein Bonus von 8 Prozent vorgeschlagen. — Also 28 Prozent Dividende bei 12,5 Millionen Abschreibungen! Viele bürgerliche Volkswirtschaftler bezeichneten die Dividende bekanntlich zur Widerlegung sozialistischer Angriffe als — Entbehrungslohn!

Ueber 24 Millionen Gewinn

Die Bilanz der Höchster Farbwerke weist nach Abschreibung von 12 014 368 Mt. ein Gewinnergebnis von 24 227 445 Mt. auf. Der Aufsichtsrat beschloß, eine Dividende von 25 Prozent gegen 20 Prozent im Vorjahre vorzuschlagen.

Löwen-Dividende

Die Generalversammlung der Waffenfabrik von Ludw. Loewe u. Co. in Berlin genehmigte einstimmig den Jahresabschluss für 1916 und setzte die Dividende, welche vom 2. Mai d. Js. ab zahlbar ist, auf 32 Prozent fest.

Dividendenverdoppelung

Die Aktiengesellschaft für chemische Industrie Gelsenkirchen-Schalke schlägt nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent gegen 5 Prozent im Vorjahr vor.

Kriegsluft-Profile

In der am 5. Mai d. Js. stattgehabten ordentlichen Generalversammlung der Daimler-Motoren-Gesellschaft Stuttgart wurde beschlossen, aus dem Reingewinn, der unter Einrechnung des Vortrages vom Vorjahre mit 359 322,34 Mt. sich auf 8 085 444,33 Mt. beläuft, eine Dividende von 35 Prozent (im Vorjahre 28 Prozent) auszuschütten. Aus dem Rest werden dem Reservefonds 1 000 000 Mt. und einem Kriegsunkostenfond 1 500 000 Mt. sowie einer zu gründenden Rententpensionskasse 1 300 000 Mt. überwiesen. Nach einer Dotierung der Arbeiterunterstützungskasse und Bestreitung der Lasten wird der Saldo von 1 100 888,73 Mt. auf neue Rechnung übertragen.

— Gewerksmäßiger Pfefferwucher. Wegen Kriegswuchers verhandelte am Freitag die Aktienkammer Straßammer gegen zwei dortige Kaufleute. Kaufmann Julius Scheim hatte Ende Juni 1916 vom Aktienhändler Lebensmittelland 2 1/2 Zentner Pfeffer erhalten, unter der Bedingung, daß er den Pfeffer nur im Kleinhandel verkaufe, da die Stadt zunächst die Bevölkerung versorgen müsse. Der Zentner zahlte Scheim 465 Mt. Er verbrauchte die Ware aber nicht im Kleinhandel, sondern verkaufte sie am 2. August 1916 im ganzen an eine auswärtige Großfirma für 1230 Mt. den Zentner. Nach dem Gutachten der Preisprüfstelle hätte Scheim damals nur 5,43 Mt. für das Pfund, somit 543 Mt. für den Zentner nehmen dürfen. Er hat somit 1550 Mt. Mehrertrag erzielt. Ferner verkaufte er am 2. Oktober 1916 an die Firma Reiter-Rosen 4,15 Zentner Pfeffer zum Preise von 1275 Mt. den Zentner. Scheim muß noch einen Zentner aus der Zeit vor dem Kriege gehabt und die weiteren 3,15 Zentner während des Krieges angesetzt haben. Der Einkaufspreis betrug im Frieden 1,50 Mt., der Verkaufspreis 2,50 Mt. das Pfund. Der Gesamtgewinn für 6 Zentner 45 Pfund betrug also 4828 Mt. Die Strafkammer erkannte unter Zustimmung beider Parteien auf eine Geldbuße von 5530 Mt. — Auch der Kaufmann Max Markus erhielt von der Lebensmittelland am 15. Februar 1916 unter denselben Voraussetzungen einen Zentner Pfeffer für 240 Mt., den er aber ebenfalls nicht im Kleinhandel sondern am 7. September an Peter-Polen für 625 Mt. verkaufte. Am 2. Oktober 1916 erhielt Markus ebenfalls von der Lebensmittelland eine weiteren Zentner Pfeffer für 460 Mt., den er am 24. Oktober an dieselbe Firma für 1200 Mt. verkaufte. Das Urteil lautete auf 1400 Mt. Geldbuße. — Dieser gewerksmäßige Pfefferwucher, der unter Bruch von Treu und Glauben die Anordnungen der Behörden geradezu verhöhnte, hätte schon härtere Sühne finden können.

Hierzu zwei Teillagen.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig.
Druck Königsberger Volkszeitung, S m b. h. Kömmerberg 1. B.

Soeben ein Waggon des

Vorzüglichen Handwaschmittels



eingetroffen. Täglich grosse Nachfrage.

Ohne Seifenkarte

Julius Goldstein

Preis 12.00 Mk. p. Kiste (Inhalt 100 Stück)

Danzig Junkergasse 4 Fernspr. 551

Engroshaus

Prüfungs- und Einsegnungs-Anzüge
sowie
Einsegnungs-Kleider
empfehlen
Ertmann & Perlewitz, Holzmarkt, Nr. 23, 23, 26

Wintergarten
Nr. 10 Olivaer Tor Nr. 19
Tel. 1925 Direktion: Arthur Lewinsohn Tel. 1926

Eröffnung
Mittwoch, den 16. Mai 1917
mit glänzenden
Weltstadt Programm
Alles Nähere Plakate und Anzeigen

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.
Montag, den 14. Mai, abends 7 1/2 Uhr: „Ein Gefühlsmoment von Björnstam.“
Dienstag, den 15. Mai, abends 7 1/2 Uhr: „Der Weg zur Höhe“, Schwan von Radelburg.
Mittwoch, den 16. Mai: Zu Gunsten des gesamten Schauspielpersonals, abends 7 1/2 Uhr: „Maria Magdalena“, Trauerspiel von Hebbel.
„Meister Anton“ Direktor Rudolf Schaper.
Donnerstag, den 17. Mai: Zu Gunsten des gesamten Schauspielpersonals, abends 7 1/2 Uhr: „Die fünf Frankfurter“, Lustspiel von Köhler.
Schluss der Spielzeit!

Freymann :: Neue :: Damen-Hüte

9.75 12.75 14.50 15.— 18.50

Damen-Sporthüte Preiswerte Kinderhüte Moderne Hutformen

| | | | | | |
|--|------|--|------|--|------|
| Sporthut Strohgeflecht, mit Samtband . . . | 1.90 | Matrosenhüte blau-weißes Geflecht . . | 1.10 | Mod. kl. Frauenform Bastgeflecht | 1.25 |
| Sporthut Fantasietresse, mit Ripsband . . | 2.25 | Mädchenglocke mit Bandgarnitur . . | 1.35 | Moderne Frauenform haltbare Litze . . | 2.25 |
| Sporthut Naturgeflecht, mit Ripsband . . . | 3.25 | Sepplhüte mit Schnurgarnitur | 1.85 | Jugendliche Rundform Bastgeflecht | 3.25 |
| Sporthut feines Rustikgeflecht, mit Band . . | 3.75 | Matrosenhüte gutes Geflecht | 2.25 | Große Schwingerform | 4.25 |
| Sporthut neueste Proteoform, mit Band . . | 5.75 | | | Neueste Glockenform feine Litze | 7.50 |
| Sporthut große moderne Form, Glasgeflecht | 6.— | | | Moderne Rundform echt Tagal . | 8.75 |
| Sporthut Palmengeflecht | 9.75 | | | Eleg. Modellformen . 23.00 18.50 16.50 | |

Paradies-Reiher
gute Haltung . . 1.50 2.00 3.00 4.00

Kunstseidene Zipfelmützen
in modernen Farben
2.25 2.— 1.85 1.75

Neu eingetroffen:
mod. Hutblumen 1.25 95, 50, 25

Gesangverein Sängergross
Dirigent Herr Hanke Gegründet 1892

veranstaltet am Sonntag den 13. Mai 1917, nachm.
4 Uhr, im herrlichen Garten des Danziger Bürgergarten, Schidlitz, eine

Frühlings-Feier
unter gütiger Mitwirkung des
Opernsängers Herrn Adolf Brehm, Frankfurt am Main

Konzert :: Männer- und Frauenchöre :: Theater

Bei ungünstiger Witterung findet das Fest im Saale statt.
Eintrittspreis im Vorverkauf 50 Pfg. (Zigarngeschäft Seifin, Schüsseidamm 56, und Buchhandlung Vorwacht, Paradiesgasse 32); an der Kasse 60 Pfg., Mitglieder 25 Pfg.

Gewerkschaftskartell Danzig

Achtung!
Sonntag den 20. Mai 1917, nachmittags 3 Uhr
im Lokale der Witwe Steppuhn, Schidlitz, Karthäuserstraße

Frauen-Versammlung

Tagesordnung:
„Die Frauenarbeit während des Krieges und nachher.“
Referentin: Gertrud Hanna, Berlin.

Alle erwerbstätigen Frauen und Mädchen sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Kartellausschuss:
J. M.: R. Jügel.

Crauer-Goldstein
Handschuhe zu billigsten Preisen.
Lagerstraße 4, gegenüber der Markthalle

Notizbücher Kautschuk, Goldschloß, Briefpapier
empfehlen die Buchhandlung Vollericht.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Danzig.

Büro geöffnet: Montags, Freitags, Sonnabends von 9—1 u. 3—7 Uhr,
Dienstags, Mittwochs, Donnerstags nur von 5 Uhr nachmittags.

Den Kollegen zur Kenntnis,
daß der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe (Danzig) in den Tageszeitungen die Preise, die für Tageslohnarbeiten gezahlt werden sollen, bekannt gemacht hat.
Die Feuerungszulage von 15 Pf. pro Stunde ist vom 27. April 1917 nachzuzahlen.
Wir ersuchen unsere Kollegen, für die Durchführung der Feuerungszulage zu wirken und bei Nichtzahlung dem Büro Mitteilung zu machen.
Der Zweigvereinsvorstand.

Uhren
mit 3jähriger schriftl. Garantie
Große Auswahl
in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren
Weckeruhren in allen Preislagen
S. Lewy Nflg.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28.